

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Feuilleton oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergeltungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

### Eine Utopie?

In dem Streite über das Gewerkschaftsproblem, der im Anschluß an den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet entbrannt ist, nimmt nunmehr auch Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit“ das Wort. Seine Ausführungen sind ganz auf den Ton gestimmt, den wir ja seit Jahren an der „Neuen Zeit“ kennen gelernt haben; sie bewegen sich ganz im Geleise des von uns unlängst erst zurückgewiesenen Düsselischen Artikels. Wir nehmen Rücksicht auf den Raum unseres Blattes, wenn wir darauf verzichten, die Kautskyschen Ansichten im einzelnen zu würdigen. Sinnvoll würde diese Würdigung ja doch nur auf eine Wiederholung von oft schon Gesagtem hinauslaufen. Insbesondere gilt das für die Behauptung Kautskys, Gewerkschaften wie die der Bergarbeiter seien infolge der Monopolstellung des Bechenunternehmertums außer Stande, mit gewerkschaftlichen Machtmitteln alten Stills etwas zu erreichen. Wir haben schon vor acht Tagen auseinandergesetzt, daß und wieso wir diese Ansicht nicht teilen. Andererseits haben wir zu Sisyphusarbeit keine Lust. Ein Mann wie Karl Kautsky läßt sich von einem simplen Gewerkschaftler doch nicht davon überzeugen, daß seine Auffassung der Tatsachen des gewerkschaftlichen Lebens, daß seine Voraussetzungen und Befürchtungen nicht zutreffen, und deshalb unterlassen wir die vergebliche Arbeit. Wir wollen deshalb nur soviel sagen, daß wir mit ihm in der Hauptsache gar nicht einverstanden sind, höchstens daß wir ihm beipflichten, wenn er sagt:

„Nicht nach der Neutralisierung der Gewerkschaften, nicht nach der Isolierung von der politischen Bewegung geht die Tendenz der Entwicklung, sondern nach stärkerer Annäherung, nach engerem Zusammenwirken politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, nach immer stärkerer Beeinflussung der letzteren durch politische, der ersteren durch gewerkschaftliche Aktionen.“

Das ist ganz unsere Ansicht, die wir oft genug geäußert haben in Abwehr jener Warner und Mahner, die wie Kautsky, die Gewerkschaften auf Abwegen wädhnten. Wir sind darin also mit Kautsky einverstanden, nicht aber mit dem, was er zur Begründung dieser seiner Anschauung sagt. Wir wollen das nur an einigen Beispielen kurz zeigen.

Kautsky stellt den Satz auf, daß die steigende Macht der Gewerkschaften eine steigende Macht des Unternehmertums gebracht habe. Die Erfolge der gewerkschaftlichen Streiktaktik hätten neben der Konzentration des Kapitals dahin geführt, daß die Unternehmer sich immer mehr in festen Verbänden zusammenschließen und die Konkurrenz unter sich ausschalten, gerade jenes Moment, das die Streiktaktion am meisten begünstigt. Damit seien für den gewerkschaftlichen Kampf geradezu unüberwindliche Hindernisse entstanden; sie seien gewissermaßen zur Ohnmacht verurteilt. Diese Schwarzseherei scheint uns wenig berechtigt zu sein. Sie hat sich vor zwölf Jahren als falsch erwiesen, und sie dürfte jetzt, nachdem die Gewerkschaften in Deutschland einen ungeahnten Aufschwung genommen haben, erst recht verfehlt sein. Das zeichnet ja die organisierte Arbeiterschaft gerade aus, daß sie alle Hindernisse, die sich ihr entgegenstellen, doch immer wieder zu überwinden weiß, sei es durch eine größere Machtentfaltung, sei es durch eine veränderte Taktik.

Eine solche „neue Taktik“ schlägt uns nun auch Kautsky vor, er empfiehlt den politischen Streik, die Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, als die einzige Taktik, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, und überhaupt die einzige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben; die bestimmt ist, noch die größten Siege für das Proletariat zu erringen und in dem Maße mehr in den Vordergrund zu treten, in dem die isolierte gewerkschaftliche wie die isolierte parlamentarische Aktion unfruchtbarer wird.“

So ganz neu ist diese Taktik nun nicht, sie ist von uns bisher immer schon da angewandt worden, wo es sich um Streiks einer besonders schubbedürftigen, verelendeten Arbeiterkategorie handelt — siehe Konfektionsarbeiterstreik — oder um Bewegungen, denen, wie den verschiedenen Bergarbeiterstreiks der letzten zwei Dezennien, dem Hamburger Gasenarbeiterstreik, ein eminent öffentliches Interesse zukam. Mehr als bisher parlamentarisch zur Unterstützung von wirtschaftlichen Bewegungen geschritten ist, wird aber auch künftig nicht geschehen können. Beiläufig gesagt, wollen wir gern anerkennen, daß es notwendig ist, der politischen Aktion erhöhte Aggressivkraft zu geben, die politische und namentlich die parlamentarische Aktion hat eine Neubelebung wirklich recht nötig. Es hat uns überhaupt recht eigenkümlich berührt, daß in diesen Tagen fast die ganze sozialdemokratische Presse aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks sich so intensiv mit dem angeblichen Fiasko, mit dem angeblichen Niedergang der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, während

sie mit keinem Worte der Niederlage Erwähnung tat, welche sie eben erst im Parlament davongetragen hatte. Wir meinen die Annahme der Handelsverträge. Bedeutet sie nicht ein viel größeres Fiasko der politischen Arbeiterbewegung, als die Niederlage im Ruhrrevier für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bedeutet, wenn man von einem Fiasko und einer Niederlage hier überhaupt reden will. Was ist in der Kampagne gegen den Zolltarif und die Handelsverträge von den Parteiorganen nicht alles geschrieben und geredet worden, daß man den Brotwucherern schon das Konzept verderben, daß man die Annahme des Brotwuchertarifs und der Brotwuchererträge schon verhindern wolle. Nichts hat man verhindern können, nicht die Annahme des Zolltarifs und nicht die Annahme der Handelsverträge konnte verhindert werden. Die Erledigung dieser das Volk und namentlich die Arbeiterschaft aufs schwerste schädigenden Gesetze vollzog sich schließlich ohne jede Erregung der Bevölkerung; namhafte Parteiführer fehlten sogar bei den Abstimmungen über die Handelsverträge, und die Parteiorganisationen zogen aus diesen Aktionen nicht den geringsten Gewinn. Anders die Gewerkschaften beim Bergarbeiterstreik. Da war vorher von Sieg nicht die Rede, und man erfuhr keinerlei Enttäuschung, als er ausblieb; während und nach dem Kampfe beobachteten wir aber eine lebhaftere Erregung der gesamten Arbeiterschaft, und die gewerkschaftliche Aktion hatte durch ihn manchen Gewinn. Nochmals, es ist erstaunlich, daß die politische Arbeiterpresse ohne Not das Fiasko der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erörtert zu einer Zeit, wo es für sie viel näher gelegen hätte, das Fiasko der politischen Arbeiterbewegung zu besprechen, von dem sie so gar nicht sprach!

Von der Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Aktion neu zu beleben, ihr erhöhte Aggressivkraft zu geben, sind wir also nicht überzeugt, denn überall, wo wir hinschauen, sind die Gewerkschaften in regster Tätigkeit für den Fortschritt, sehen wir eine gewerkschaftliche Aggressivität und Kampfeslust, die sonst nie anzutreffen war. Nehmen wir zum Beispiel nur unseren Verband, weil er uns am nächsten steht. Noch in keinem Jahre sind seitens der Kollegenschaft so starke Anforderungen an den Verband gestellt worden, an der Verbesserung der Lebensbedingungen mitzuwirken, als in diesem Jahre; alleorten regt es sich, überall will man vorwärts; und man weiß nur zu gut, daß bei allen diesen Bewegungen unter Umständen ein Kampf unvermeidlich ist. Genosse Kautsky sollte sich nur einmal in eine einzige Sitzung unseres Verbandsvorstandes bemühen, wo oft genug 20 bis 30 Streiktgesuche zu erledigen sind, er würde dann wohl kaum noch von der Notwendigkeit einer Belebung der gewerkschaftlichen Aktion, einer Erhöhung der gewerkschaftlichen Aggressivkraft reden.

Zu solcher Rede berechtigt ihn auch nicht die von der Generalkommission der Gewerkschaften jedes Jahr herausgegebene Streiktstatistik. Wir hatten seit 1890 Angriffstreiks: 1890/91 147, 1892 20, 1893 37, 1894 38, 1895 100, 1896 332, 1897 330, 1898 477, 1899 542, 1900 514, 1901 291, 1902 289, 1903 603. In denselben waren beteiligt 1890/91 33397, 1892 1185, 1893 4962, 1894 3035, 1895 9730, 1896 115660, 1897 41180, 1898 39586, 1899 63193, 1900 86786, 1901 22761, 1902 32659, 1903 53763 Mitglieder. Das sieht doch wahrlich nicht nach einer Kampfesunlust der Gewerkschaften aus. Wir sehen ja gerade, daß, abgesehen vom Jahre 1896, wo eine ungewöhnliche wirtschaftliche Prosperität zu ganz außerordentlichen Kraftanstrengungen der Gewerkschaften veranlaßte, die Aggressivkraft in den letzten Jahren immer größer geworden ist. Und die Bewegungen der Jahre 1904 und 1905 dürften in ihrem Umfang und in ihrer Bedeutung wohl denen des Jahres 1896 gleichkommen, obwohl die wirtschaftliche Lage keineswegs so günstig ist als damals. Ein Blick in diese Streiktstatistik dürfte dem Genossen Kautsky auch zeigen, daß die Erfolglosigkeit der Gewerkschaften sich keineswegs vermindert hat. Im Gegenteil sind die Erfolge der Gewerkschaften in den letzten Jahren größer als zu irgend einer früheren Zeit. Dabei ist es den Gewerkschaften gerade in der letzten Periode des wirtschaftlichen Niederganges gelungen, ihre Widerstandskräfte in einer bis dahin nicht gekannten Weise zu erhalten, ja zu sammeln und zu vermehren, also alle Vorbedingungen zu größeren Erfolgen zu schaffen. Wir haben also keine Veranlassung, an einer besseren Zukunft zu zweifeln, wie wir keine Veranlassung haben, auf Streiks, weil sie „veraltete, barbarische Mittel“ seien, zu verzichten. Die gewerkschaftliche Auffassung, daß Streiks notwendige Übel seien, ohne welche die Arbeiter im

wirtschaftlichen Kampf Erfolge nun einmal nicht zu erzielen vermögen, ist durch die Erfahrungen der letzten 15 Jahre in nichts erschüttert worden.

Wir geben Kautsky auch darin nicht recht, wenn er sagt, daß die gewerkschaftliche Abneigung gegen Streiks — die wir bestritten — dazu führe, daß wirtschaftliche Bewegungen oder Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern immer mehr durch friedliche Vereinbarungen beigelegt oder durch Abschluß von Tarifgemeinschaften erledigt würden und daß diese Entwicklung zum Niedergang der Gewerkschaften führe. Die Tarifverträge förderten die Unternehmerorganisation, sie führten zu einer Stärkung der Unternehmerkräfte, während die Arbeiter geschwächt würden, ihre Aggressivkraft und Aggressivlust abnehme, ihre Organisationen einen defensiven, konservativen Charakter entwickelten.

„Wo sie auftauchen, da verzichten die Gewerkschaften immer mehr darauf, eine Position der Unternehmer nach der anderen zu erobern, diese immer weiter zurückzudrängen; da legen sie das Hauptgewicht darauf, die gewonnenen Positionen nicht wieder verloren gehen zu lassen.“

Wenn Genosse Kautsky diese seine Behauptung beweisen sollte, würde er wohl in einige Verlegenheit kommen, oder aber er müßte sich wieder, wie so oft, auf englische oder amerikanische Verhältnisse berufen. Aus Deutschland kennen wir jedenfalls kein Beispiel einer solchen Gewerkschaft, die den Klassengegensatz und Klassenkampf aufheben, die den Streik als veraltetes, barbarisches Mittel betrachten, die einen defensiven, konservativen Charakter entwickeln und darauf verzichten, eine Position der Unternehmer nach der anderen zu erobern und diese immer weiter zurückzudrängen.

Nach unserer Auffassung sind auch Tarifgemeinschaften nur ein Zeichen der großen Angriff- und Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften. Sie sind nur da möglich, wo den Arbeitern starke Organisationen zur Seite stehen und sie sind meistens nur das Resultat erbitterter Kämpfe, in denen die Arbeiter den Erfolg an ihre Fahnen fesseln konnten. Sie sind, wollen wir sie nach dieser Seite würdigen, für die Gewerkschaften ein Zeichen ihrer Macht und ein Mittel zu neuer Machtentfaltung. Das ist auch die Auffassung gerade der Scharfmacher. Erklärte doch die „Arbeitgeber-Zeitung“ noch unlängst gerade aus den oben angegebenen Gründen die Tarifgemeinschaften für eine gefährliche Waffe gegen das Unternehmertum.

Am meisten fordert Kautsky unseren Widerspruch heraus, wenn er es als eine Utopie bezeichnet, das gesamte Proletariat gewerkschaftlich zu organisieren. Solche Rede mochte vor zwölf Jahren, auf dem Kölner Parteitag, noch immerhin berechtigt sein, zu einer Zeit des Tiefstandes der Gewerkschaften, zu einer Zeit des Rückganges ihrer Mitgliederzahlen. Aber jetzt, nachdem die Gewerkschaften sich nicht nur günstig entwickelt haben, nachdem sie sogar ihre Mitgliederzahl um mehr als das vierfache steigerten und nachdem sie in jedem Jahre ebensoviel an Mitgliedern gewinnen, als sie damals insgesamt zählten, gehört ein außergeröhnlcher Pessimismus dazu, von unüberwindlichen Hindernissen, die große Masse der ungelerten Arbeiter zu organisieren, zu reden, und ein noch größerer Mut ist erforderlich, das in breiter Öffentlichkeit zu tun. Genosse Kautsky sollte mit Weisagungen vorsichtiger sein nach dem Fiasko, das diese Weisagungen schon einmal erfahren haben. Beiläufig, unsere Korbmacher, Pantinenmacher und Bürstenmacher werden sich wundern, von Kautsky zu hören, daß sie zur „Aristokratie der Arbeiterschaft“ gehören.

Von einer Utopie, die gesamte Arbeiterschaft in Deutschland in den Gewerkschaften zu vereinigen, kann also keine Rede sein — wir sind auf dem besten Wege, diese allumfassende Organisation zur Tatsache zu machen —, ebenso wenig davon, daß die Gewerkschaften an Erfolglosigkeit eingekippt hätten. Die Entwicklung der Dinge gibt uns das Recht, mit Freudigkeit in die Zukunft blicken. „Die Zukunft gehört den Gewerkschaften“, sagte neulich einer der alten Kämpfer der Partei, dessen Namen bei allen einen guten Klang hat, zu uns. Das ist durchaus unsere Ansicht, und darin können uns die Kautskyschen Ausführungen nicht betren.

### Aus der Praxis der Arbeiterversicherungen.

gh. Nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz erstreckt sich der Unfallversicherungszwang nur auf die „Arbeiter und Betriebsbeamte“ gewisser Betriebe. Nun kommen aber oft genug Arbeiter in die Lage, als selbständige Unternehmer vorübergehend oder dauernd zu arbeiten, ohne daß sich damit ihre wirtschaftliche Lage auch nur im mindesten besser gestaltete als die eines Arbeiters im Dienste eines Unternehmers. Für diese Kleinmeister, „Betriebsunternehmer“,

so sagt das Gesetz, „deren Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, oder welche nicht regelmäßig mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen“, sowie für die Hausgewerbetreibenden kann die Berufsgenossenschaft durch einen besonderen Beschluß die Versicherungspflicht festlegen. Jedoch ist dies nur in verschwindend wenigen Fällen wirklich geschehen. Daher ist wichtiger eine andere Bestimmung des Gesetzes, die den Kleinmeistern das Recht verleiht, sich selbst gegen die Folgen der Betriebsunfälle zu versichern.

Die Kleinmeister sollten in ihrem eigenen Interesse von diesem Rechte Gebrauch machen. Leider glauben noch viele Kleinmeister, daß sie die Versicherungskosten sparen können, da sie sich vor Betriebsunfällen schützen werden. Und doch verunglückt Jahr für Jahr viele Kleinmeister, die sich nicht versichert haben, infolgedessen auch keine Unfallentschädigung erhalten und dadurch in das schlimmste Elend geraten. In solchen Fällen suchen dann die Kleinmeister nachträglich einen Anspruch auf Entschädigung zu erlangen, können jedoch nichts erreichen. Es ist dann zu spät.

Ein Kleinmeister, der sich nicht selbst versichert hatte, hatte der Berufsgenossenschaft die Zahlung von Versicherungsbeiträgen für seine eigene Person mit der Begründung verweigert, er sei nicht Arbeiter oder Betriebsbeamter im Sinne des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, sondern Betriebsunternehmer. Nachdem er aber einen Betriebsunfall erlitten hatte, behauptete er, er sei bei jener Arbeit so selbstständig und abhängig von dem, für den er die Arbeit zu leisten hatte, gewesen, daß er lediglich als ein Vorarbeiter aufgefaßt werden müsse, mithin dem Versicherungszwang unterstellt war und jetzt einen Anspruch auf eine Unfallentschädigung habe. Mit diesen Behauptungen hatte er jedoch kein Glück. Das Reichsversicherungsamt sah in seiner früheren Erklärung das Eingeständnis, daß er tatsächlich als selbstständiger Kleinmeister arbeite, und wies ihn daher mit seinem Anspruch ab. Mögen sich die Arbeiter diesen Fall zur Warnung dienen lassen und sich selbst für ihre selbstständigen Arbeiten versichern.

Die Feststellung der Unfallentschädigung für einen verunglückten Arbeiter soll in beschleunigtem Verfahren von Amts wegen erfolgen. Leider mecken die Arbeiter nur zu oft von der vorgeschriebenen „Beschleunigung“ des Verfahrens nichts. Wenn aber gar zu lange Zeit hingehet, ohne daß die verunglückten Arbeiter eine Mitteilung über die vorgesehene Unfallentschädigung erhalten, dann müssen sie selbst ihren Entschädigungsanspruch bei der Berufsgenossenschaft oder derjenigen unteren Verwaltungsbehörde anmelden, welche für ihren Wohnort zuständig ist. Diese Anmeldung muß vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalls erfolgen, weil nach dieser Frist der Anspruch in der Regel verfallen ist und dann die Anmeldung keinen Wert mehr hat.

Von dieser Regel gibt es nur zwei Ausnahmen. Erstens, wenn glaubhaft bescheinigt wird, daß eine Folge des Unfalls, welche einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden ist. Zweitens, wenn der verunglückte Arbeiter oder seine entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen von der Verfolgung ihres Anspruchs durch solche Verhältnisse abgehalten worden sind, welche außerhalb ihres Willens liegen. In diesen Fällen muß die Anmeldung des Anspruchs innerhalb dreier Monate, nachdem jene Unfallfolge bemerkbar geworden oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen, nachgeholt werden.

Einem Arbeiter war dadurch ein Unfall zugestoßen, daß ihm ein Nagel, welchen er zur Befestigung des Lockers gewordenen Madreffs an einem Wagen einschlagen wollte, ans linke Auge slog und dieses verletzete. Er begab sich kurz nach dem Unfall in die Universitätsklinik zu Heidelberg, von wo er nach einigen Wochen anscheinend geheilt entlassen wurde. Es war jedoch eine Erhöhung des Augendruckes zurückgeblieben, welche im Laufe der Jahre immer mehr zunahm, so daß schließlich zur Befestigung der Schmerzen das linke Auge herausgenommen werden mußte. Hierauf hat er die Unfallanzeige erstattet und Anspruch auf die Unfallentschädigung erhoben.

Lehteren wies jedoch die Berufsgenossenschaft und das zuständige Schiedsgericht zurück, da seit dem Unfall bereits mehr als zwei Jahre vergangen, der Anspruch demgemäß verjährt sei. Der verunglückte Arbeiter hatte sich zur Rechtfertigung seines Anspruchs darauf berufen, daß in seinem Falle die erste der beiden angeführten Ausnahmen vorliege, daß nämlich die Folge des Unfalls, die seinen Entschädigungsanspruch begründet — der Verlust des Auges —, erst später bemerkbar geworden sei. Hierauf hatte aber das Schiedsgericht geantwortet, daß dieser Ausnahmefall nur dann möglich ist, wenn noch gar keine schädliche Folge des Unfalls vor Ablauf der zwei Jahre sich gezeigt hat. Hier war aber der verunglückte Arbeiter bereits gleich nach dem Unfall ärztlich behandelt worden. Deshalb hätte er, erklärte das Schiedsgericht, seinen Entschädigungsanspruch innerhalb der ersten zwei Jahre nach dem Unfall anmelden müssen.

Diese Auffassung des Schiedsgerichtes hat aber das großherzoglich badische Landesversicherungsamt erfreulicherweise als irrtümlich zurückgewiesen. Trotz einer mehrwöchigen Behandlung in der Augenklinik, so heißt es in der Entscheidung, waren die Folgen des Unfalls für den Verletzten anfangs nicht allzuschwer. Er konnte bald wieder seinen Geschäften nachgehen und schlug die Schmerzen, welche ihn späterhin zeitweise heimguckten, nicht besonders hoch an. Er konnte in der Tat annehmen, daß die Folgen des Unfalls nicht wichtig genug seien, um eine Beschränkung seiner Erwerbsfähigkeit herbeizuführen und ihm damit einen Anspruch auf eine Unfallentschädigung zu gewähren. Der Verlust des Auges dagegen war zweifellos eine neue und schwere Folge des Unfalls und hat deshalb den Entschädigungsanspruch, der bereits verjährt gewesen war, wieder aufleben lassen. Der ver-

unglückte Arbeiter erhielt daraufhin die gesetzliche Unfallrente.

Schließlich sei die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf eine Entscheidung des großherzoglich badischen Verwaltungsgerichtshofs hingewiesen, die geeignet ist, mit einer gar zu rücksichtslosen Praxis mancher Krankenkasse ein Ende zu machen. In der Regel, das ist bei jeder Gelegenheit nachdrücklich zu betonen, ist Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus für einen kranken Arbeiter besser als die ungenügende Behandlung in Privathäusern. Für verheiratete Arbeiter können aber solche Gründe entscheidend sein, die ihn zwingen, auf die Kur und Verpflegung in seiner Familie zu bestehen. Deshalb können verheiratete Arbeiter auch nur dann gegen ihren Willen in einem Krankenhaus untergebracht werden, wenn besondere Umstände dies als unerlässlich im Interesse der möglichst schnellen und gründlichen Genesung des Kranken erscheinen lassen. So unter anderem, wenn der Kranke wiederholt den Vorschriften der Kasse oder des Kassenarztes zuwider gehandelt hat. Manche Krankenkassen glauben nun, daß sie in einem solchen Falle den Kranken auch gegen seinen Willen bis zu seiner völligen Genesung im Krankenhaus halten können. Ein verheirateter Arbeiter hatte es wiederholt abgelehnt, seinen kranken Finger aufschneiden zu lassen, obgleich dies von den Ärzten als notwendig bezeichnet war. Infolgedessen hatte die Kassenverwaltung den Arbeiter ohne seine Zustimmung in ein Krankenhaus eingewiesen, um hierdurch eine Gewähr für die geordnete Behandlung des kranken Gliedes zu schaffen. Nachdem dort der Finger aufgeschnitten war, wollte die Kasse den Arbeiter auch weiterhin zum Verbleiben im Krankenhaus zwingen. Hierzu glaubte sich die Kasse berechtigt, weil nach dem Verhalten des Kranken vor der Operation keine Sicherheit dafür bestehe, daß sich der Arbeiter der Nachbehandlung, welche nach der Operation erforderlich ist, gewissenhaft unterziehen werde. Das Gericht entschied jedoch, daß der Arbeiter, da er verheiratet sei, nicht länger gegen seinen Willen im Krankenhaus gehalten werden könne. Es kann, so führte das Gericht zutreffend aus, in allgemeinen nicht unterstellt werden, daß ein verheirateter Arbeiter, welcher anfänglich aus Anglistlichkeit das Aufschneiden eines entzündeten Fingers verweigert und die Operation vollziehen läßt, dann die ärztlich angeordnete Nachbehandlung vernachlässigen werde. Daher hatte die Krankenkasse nicht das Recht, den Kranken zum weiteren Aufenthalt im Krankenhaus zu zwingen.

**Zur Lage der Stockarbeiter.**

Mit Freuden begrüßen wir die Anregung der Stockarbeiter Berlins, welche geeignet ist, den Stockarbeitern Deutschlands, die leider noch zum meistaus größten Teile im süßen Schlummer sich wiegen, etwas Licht zu bringen. Als im Jahre 1903 Kollege Hildebrandt-Berlin zwecks Sammlung von Material über die Lage der Stockarbeiter in den verschiedensten Orten eine größere Agitationstour unternahm, hofften wir, daß außer der Veröffentlichung der Erfahrungen, welche Kollege Hildebrandt dabei gesammelt, weitere Schritte eingeleitet würden, worauf bereits im Jahre 1904 an dieser Stelle schon einmal hingewiesen wurde.

Wir Bürgeler Stockarbeiter haben ganz besonders ein lebhaftes Interesse daran, daß die Stockarbeiter ganz Deutschlands endlich einmal sich aufraffen und mehr wie bisher Fühlung untereinander nehmen, um nicht, wie es bis dato der Fall war, durch gegenseitiges Untertreiben der auch in unserer Branche leider sehr stark vertretenen Schmutzkonkurrenz noch mehr Vorschub zu leisten. Wir Bürgeler Kollegen sind stets bereit unsere guten Organisation diejenigen mit gewesen, die bereit sind zu verheimlichen.

Bürgel war von jeher unter den Kollegen ganz Deutschlands verschrien und wohl auch gemieden als ein in der modernen Entwicklung zurückgebliebener Ort. Auch Kollege Hildebrandt war dieser Ansicht, bis er sich vor zwei Jahren persönlich vom Gegenteil überzeugte hat. Wohl muß unsererseits zugegeben werden, daß in früheren Jahren die Stockarbeiter Bürgels derartig entlohnt wurden, wie Weber im Erzgebirge, aber im Laufe der Jahre haben sich die Verhältnisse gewaltig verändert. Seit Gründung der Stockfabrik von J. A. Otto Götner anfangs der achtziger Jahre ist ein starker Wandel in der Lage der Stockindustrie vor sich gegangen.

Während früher durchschnittlich Löhne von 8 bis 10 Mk. erzielt wurden, werden wir heute einen Durchschnittsverdienst von einigen 20 Mark aufweisen können. Wer hat damals eine Lohnzahlung Sonnabends erlebt? Heute hat jeder nach Feierabend am Sonnabend sein Geld. Ist dies schon ein enormer Fortschritt, so sei noch erwähnt, daß Kollegen, welche vor acht Jahren einen Höchstlohn von 16 Mark erhielten, jetzt einen Durchschnittslohn von 27 Mark erzielen. Im Jahre 1889 errangen sich die Stockarbeiter Bürgels unter der Vereinigung der Drechsler Deutschlands die zehnstündige Arbeitszeit, welche ihnen aber im folgenden Jahre durch eigenes Verschulden wieder verloren ging. Im Jahre 1896 wurde sie wieder eingeführt. Im Laufe der Jahre haben sich noch eine Reihe von Betrieben modernisiert. Zu erwähnen ist die Fabrik von A. Neuschäfer, wo ebenfalls ganz annehmbare Löhne erzielt werden. Zurzeit arbeitet die Stockbranche hier mit 7 Dampfmaschinen und 3 Motoren. Auch die moderneren Artikel in der Stockbranche haben Eingang gehalten.

Auf Grund des Materials, welches uns zu Gebote steht, wollen wir einige Preise anführen, die in der Stockfabrik von Götner gezahlt werden. Von den 120 Mann, die dort arbeiten, sind 115 organisiert. 110 arbeiten in Akkord.

Für Bürgen (Benzinlampe) wird gezahlt:

	Rundhaken	Winkel
Alle deutschen Hölzer vierkantig geschnitten 25 mm . . . . .	1 Mk.	80 Pf.
Eichen . . . . .	40 Pf.	80 "
Büchsenrohre, 14 bis 18 mm . . . . .	60 "	50 "
Oliven . . . . .	80 "	

	Rundhaken	Winkel
Rohr, stark . . . . .	65 Mk.	
mittelstark . . . . .	55 "	
Patridges, 22 bis 24 mm . . . . .	1,50 Mk.	
" 17 bis 19 " . . . . .	90 Pf.	70 Pf.
" 14 bis 17 " . . . . .	70 "	55 "
" 12 bis 14 " . . . . .	50 "	40 "
Kornel, ganz stark . . . . .	75 "	
mittelstark . . . . .	60 "	45 "
schwach . . . . .	40 "	30 "
Tonkin, 12 bis 15 mm . . . . .	50 "	40 "
Kinderstübe . . . . .	25 "	20 "
Piment, 25 mm . . . . .	1,25 Mk.	

Alle fremden Hölzer, vierkantig geschnitten, 25 mm, durchweg 1,50 Mark.

Für Hobeln: geschnittene ausländische Hölzer 40 Pf., inländische 30 Pf.; Patridges, Rund-Winkelhaken, 16 mm, 10 Pf.; Patridges, Schiffe von 16 mm aufwärts, 15 Pf.; Kastanien bis 16 mm 20 Pf., Kastanien über 16 mm 25 Pf.; Weißbuchenstübe bis 16 mm 10 Pf., Weißbuchenstübe über 16 mm 12 Pf.; Tonkin 10 Pf.; Kornelstübe vorhobeln, 10 Pf., durchgebeizte Schiffe 25 Pf., Kornelhaken, weiß oder fertig Hobeln, stark 20 Pf., schwach 15 Pf., mit Schale 20 mm stark 25 Pf.; bis 16 mm ist schwach, von da stark.

Für Schleifen und Feilen:

	mit Potieren
Patridges, Rundhaken, bis 16 mm	1,10 Mk.
Winkelhaken, bis 11 mm	1,65 "
" bis 13 mm	1,10 "
Rundhaken, bis 13 mm	1,20 "
Rundhaken, bis 13 mm	1,95 "

Kolben kosten 20 Pf. mehr. Mittelstark, glatt mit Potieren 2,45 Mk., stark 2,65 Mk., kantige Kornel oder Patridges schwach 2,75 und 2,80 Mk., stark 3 Mk., mit Einlageplatte 15 Pf. und Draht 15 Pf. Sonstige Einlagen von 10 Pf. bis 1,50 Mk., je nach ihrer Beschaffenheit. Der Preis für Fassons wird extra zwischen dem Fabrikanten und Arbeitern geregelt.

Für Raspeln per Dampf wird gezahlt für alle 2, 3, 4 und 6kantigen Rundhaken: stark 80 Pf., schwach 65 Pf., Winkelhaken schwach 60 Pf., Winkelhaken stark 80 Pf., mit Fasson 5 bis 10 Pf. mehr.

Hakenraspeln 25 Pf., mit Fasson 30 bis 50 Pf. mehr. Kolben 30 Pf. Rundhaken mit 16 Dorn 90 Pf., rohähnlich, 8 Abfälle 80 Pf., 20 Abfälle 1,20 Mk. (Kornel); Patridges, schwach mit 9 scharfen Abfällen 60 Pf.; Kornel, schwach mit 8 stumpfen Abfällen 65 Pf.

Den Höchstverdienst erzielen die Hobler mit 33 Mk. und die Raspler mit 33,60 Mk. Bei den Festigmachern bewegt sich der Verdienst zwischen 18 und 28 Mk. Es würde den Raum zu sehr in Anspruch nehmen, wollte man noch mehr spezifizieren.

Kollegen! Schon längst haben wir erstrebt, was heute von Berlin aus in anerkennender Weise angeregt wird: Eine Konferenz der Stockarbeiter ganz Deutschlands. Wir wollen die Verhältnisse gegenseitig kennen lernen und gegebenenfalls Stellung dazu nehmen. Die Hebung unserer wirtschaftlichen Lage soll uns entsprechend unserer Verbandsbestrebungen als Nichtschmür dienen. Wir wollen ein immer stärker werdendes Glied innerhalb unseres Verbandes werden und dazu wird die Zahlstelle Bürgel ihre ganze Kraft mit einsetzen. Darum vorwärts ans Werk.

Schmuhl-Bürgel i. Thür.

**Soziales.**

**Auswanderung deutscher Industrien.**

Bei Beratung des Zolltarifs und der Handelsverträge ist von den Brotwuchergenern des öfteren darauf hingewiesen worden, daß verschiedenen Industrien nach Durchführung der gegen die Industrie gerichteten Brotwucherpolitik nichts anderes übrig bleibe, als ins Ausland zu wandern, wolle sie dort konkurrenzfähig sein. Die Vertreter der Regierung und die rechtsstehenden Parteien haben diese Überlegungen zu widerlegen versucht, so Posadowsky erst noch in der Reichstagsitzung vom 22. Februar. Gleichwohl ist mit der Auswanderung wichtiger deutscher Industrien nach dem Zollausland als mit einer gegebenen Tatsache zu rechnen, denn jetzt schon rüstet sich die deutsche Industrie zum Auszug und man bereitet im Ausland den Empfang der Auswandernden vor! So sind nach der „Frankfurter Zeitung“ vor Kurzem die Fabrikanten der Präge- und Kartonnagenindustrie und Luxusfabrikation des sächsischen Erzgebirges in Verhandlungen eingetreten, um gemeinsam eine große Fabrik auf österreicherischem Gebiet zu errichten. Diese Fabrik soll den österreicherischen Markt mit Papieren, Prägeartikeln usw. versorgen, zugleich aber auch auf den Export eingerichtet werden; so wird sie mit der deutschen Industrie in Wettbewerb treten und diese heinträchtigen. Ebenfalls will die Dresdener Fahrbestandteilfabrik von Bernhardt und ebenso die Nahrungsmittelfabrik von Dr. Gato & Co. (Bielefeld) in Teßchen-Bodenbach Zweigfabriken errichten. In gleicher Absicht sollen, wie der genannten Zeitung mitgeteilt wird, einige andere reichsdeutsche Firmen bereits über Erwerb von Grundbesitz in Österreich verhandeln. So hat auch die Firma Gebrüder Schwarz in Konstanz ihr Fabrikwesen verkauft und beabsichtigt, ihre Korsettfabrik auf schweizerische Seite zu verlegen.

Bezeichnend für die tatsächliche Lage ist ein Zirkular, das gegenwärtig das Zentralkomitee zur Beförderung der Erwerbstätigkeit der böhmischen Erzgebirgsbewohner in Prag versendet. Darin heißt es: „Nachdem mit 1. Januar 1906 der neu abgeschlossene Zoll- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich in Wirksamkeit tritt und hierdurch einzelne industrielle Positionen namhaften Erhöhungen unterworfen sind, so dürfte eine starke Einwanderung reichsdeutscher Industrien in Österreich zur Errichtung von Zweigfabriken zu erwarten sein. Da unser böhmisches Erzgebirge die besten Unterlagen für Errichtung derartiger Zweigfabriken bietet, die vielfachen Bahnanschlüsse namentlich sächsischerseits eine bequeme, billige und rasche Überwachung von den Hauptfabriken aus ermöglichen, und zudem Wasser- und Arbeitskräfte reichlich und verhältnismäßig billig vorhanden sind, erlauben wir uns, auf dieses Gebiet ganz besonders aufmerksam zu machen. . . . Unser Komitee, das seit

nahezu zehn Jahren die Mission der kulturellen und volkswirtschaftlichen Hebung des böhmischen Erzgebirges übernommen hat, würde in bereitwilligster Weise zur Seite stehen und mit Rücksicht der Kenntnis der lokalen Verhältnisse mit Rat an die Hand gehen, welche Orte sich für einzelne Industrien besonders eignen würden."

Von dem Ausland wird diese Auswanderung der deutschen Industrie also als etwas Feststehendes angesehen. Die deutschen Arbeiter dürften mit dieser Entwicklung der Dinge in Deutschland weniger erbaut sein, ist doch die Folge dieser Abwanderung der Industrie nach dem Ausland eine erhebliche Einschränkung der Produktion im Inland.

Der neue Generalzolltarif soll nach der im "Reichsanzeiger" veröffentlichten Verordnung des Kaisers am 1. März 1906 in Kraft treten.

Unternehmertrug. Aus Berlin wird berichtet: Die Versammlung des Bergbauvereins nahm eine Resolution gegen die geplante Berggesetznovelle an und beschloß, beim Landtag eine Denkschrift einzureichen.

Nachdem die Untersuchungskommission die Beschwerden der Bergarbeiter im allgemeinen als unzutreffend gefunden hat, kann sich der Bergbauverein auf diese "Ergebnisse" bei seiner Eingabe an den Landtag berufen. Diese sozialpolitische Einseitigkeit beleuchtet das alberne Geschrei der Unternehmer wegen des zu schnellen Tempos in der Sozialpolitik in Deutschland wohl besser als lange Abhandlungen.

Streikordnung? Der Bund der Industriellen hat, veranlaßt durch den beim Bergarbeiterstreik hervorgetretenen Bruch kontraktlicher Verpflichtungen, eine Kommission zur Erörterung der Idee einer Streikordnung eingesetzt. Glaubt man durch solch ein Mittelchen einen Streit, der mit elementarer Macht vor sich geht, verhindern zu können? Oder will man à la Zuchthausvorlage schwere Strafen für die Verletzung der "Streikordnung" festsetzen? Verlorene Liebesmüh!

Handwerksgerichte im Anschluß an die Amts- und Landgerichte fordert ein Antrag Jobbe, welcher der kürzlich abgehaltenen Vollversammlung der Kölner Handwerkskammer zur Beschlussfassung vorlag. Der Antrag wurde mit eingehender Begründung verlesen. Man war der Ansicht, daß der Antrag im Gesamtinteresse des Handwerkes liege, und beschloß, ihn dem nächsten deutschen Handwerker- und Gewerbeamtstag zu überweisen und diesen zu ersuchen, den Antrag auf die Tagesordnung zu stellen.

Weibliche Gewerbeaufsichtsbeamte. Im elfaß-lothringischen Landesauschuß beantragten 25 Abgeordnete, die Regierung zu ersuchen, eine weibliche Hilfsbeamtin zur Fabrikinspektion anzustellen und hierzu 3000 Mk. einzufstellen.

Der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte soll Anfang September d. J. in Würzburg abgehalten werden. Der kürzlich in Berlin versammelte Ausschuß setzte nachstehende Tagesordnung fest: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. 3. Über Kaufmannsgerichte. 4. Tarifverträge. 5. Verhältniswahl, insbesondere die praktischen Erfahrungen bei ihrer Anwendung.

Als "kleine Fragen" zunächst folgendes: Was ist geschäftsmäßige Vertretung beim Gewerbegericht? Gründe zur sofortigen Aufhebung des Arbeitsvertrags — Zuständigkeitsfragen: Musiker — städtische und staatliche Arbeiter — Gärtner.

Zu den "kleinen Fragen" ist die Anmeldung weiterer Rheumatias zulässig und erwünscht, soweit möglich, sollen dieselben berücksichtigt werden.

Da in jüngster Zeit das Gewerbegericht Berlin seinen Wiedereintritt in den Verband erklärt hat, wurde dessen Vorsitzender, Herr v. Schulz, in den Ausschuß gewählt. Dem Verband gehören zurzeit 215 Gewerbegerichte an; es ist zu erhoffen, daß auch die Kaufmannsgerichte zahlreich sich anschließen; sowohl der Verband als sein Organ ("Das Gewerbegericht") sollen in Zukunft die Interessen beider Gerichte wahren und vertreten. Wünschenswert ist eine finanzielle Kräftigung des Verbandes durch Leistung größerer Beiträge seitens leistungsfähiger Gemeinden.

Ein Gewerkschaftsgesetz, an dem sich die deutsche Regierung ein Beispiel nehmen könnte, ist am 11. März im englischen Unterhaus in zweiter Lesung mit 247 gegen 142 Stimmen angenommen und in Kommissionsberatung geschickt worden. Es verlangt erstens, daß friedliches Streikposten stehen und Verleher der Posten mit den Streikenden vollständig gestattet wird; zweitens, daß man die Trades-Unionisten nicht wegen bössartiger Verschwörung anklagen kann, wenn sie sich verbünden, um gewerkschaftliche Zwecke auszuführen; drittens, daß die Trades-Union als Körperschaft nicht auf Schadenersatz angeklagt werden kann.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J. den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Darmstadt 15 Pf., Dortmund 15 Pf., Essen 15 Pf., Gochst 15 Pf., Wandsbeck 15 Pf., Wiesbaden 15 Pf., Wilhelmshurg 15 Pf., Dessau 10 Pf., Osnabrück 10 Pf., Schiffbeck 10 Pf., Schmölin 10 Pf., Ansbach 5 Pf., Bitterfeld 5 Pf., Eisenberg 5 Pf., Freising 5 Pf., Graudenz 5 Pf., Heilbronn 5 Pf., Hornberg 5 Pf., Kößchenbroda 5 Pf., Landshut 5 Pf., Leisnig 5 Pf., Mühlberg 5 Pf., Mühlendorf 5 Pf., Deynhausen 5 Pf., Rathenow 5 Pf., Tegernsee 5 Pf.

Die Jahresberichte der Gauvorstände für das Jahr 1904 sind gemäß dem Beschluß des Leipziger Verbandstags in einer Broschüre gedruckt und in den letzten Tagen in beschränkter Anzahl an alle Zahlstellen versandt worden. Dieselben sind zur Verteilung an die Mitglieder der Lokalverwaltung, der Sektionsleitungen und sonstige Vertrauensmänner bestimmt.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 24889 Otto Wirth, Polsterer, geb. 21. 3. 79 zu Leipzig.
45310 Theodor Bengner, Tischler, geb. 5. 6. 73 zu Strazzeid.
80798 Ludwig Fischer, Schreiner, geb. 29. 5. 70 zu Rückershausen.
117171 Heinrich Goldenstein, Schreiner, geb. 26. 1. 84 zu Weyen.
180128 Michael Sünkel, Schreiner, geb. 1. 2. 78 zu Loßau.
184220 May Miklewski, Tischler, geb. 21. 8. 51 zu Elbing.
150889 May Nawrath, Tischler, geb. 18. 10. 69 zu Breslau.
163598 August Schirmacher, geb. 4. 3. 78 zu Kleinbeck.
Stuttgart, Adlerstraße 48.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Vorort Ebersfeld. Im Laufe der verfloffenen Woche wurde an die Bevollmächtigten der Zahlstellen versandt: je ein Zirkular betr. Quartalsabrechnung, ein Bilanzformular und ein Zirkular, enthaltend die Abrechnung des Notfallunterstützungsbeitrags für den Gau.

Sollte die Drücksendung ihr Ziel in irgend einer Zahlstelle nicht erreicht haben, dann wolle man dieselbe sofort bei uns reklamieren.

Der Gauvorstand: Aug. Sartung, Schusterstr. 38 a.

Korrespondenzen.

Ansbach. Der von der Verwaltung eingebrachte Antrag, einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche einzuführen, welcher am 18. März in der Versammlung auf der Tagesordnung stand, ist von den Anwesenden einstimmig angenommen worden. Nachdem wir durch Übermittlung des Einkassierers jedem Mitglied den Antrag vorher schriftlich zugestellt haben, haben sich die Nichtanwesenden dem Beschluß zu fügen. Nachdem die Genehmigung des Hauptvorstandes eingetroffen ist, tritt die Erhebung des Lokalbeitrags am 1. April in Kraft.

Berlin. Die Korbmacher Berlins hielten am 1. März ihre regelmäßige Branchenversammlung ab, wo die Kollegen Sitz und Schwedler Bericht erstatteten von der Korbmacherkonferenz in Magdeburg. Da nun auf der Konferenz beschlossen wurde, eine Zentralkommission zu wählen mit dem Sitz in Berlin, wurde die Wahl gleich vorgenommen. Es wurden die Kollegen Karl Schwedler, Otto Stitz, Gustav Dingner, Artur Priebis und Otto Richter in die Zentralkommission gewählt. Des weiteren beschäftigten sich die Kollegen mit dem Streit in der Grünorbhbranche. Die Grünorbharbeiter haben einen neuen Lohnarif ausgearbeitet mit 15 Prozent Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich 2 Stunden, so daß die Arbeitszeit nach 58 Stunden beträgt, was von sämtlichen Arbeitgeber nach zehntägigem Streit bewilligt worden ist. Die Arbeitgeber sind sogar gewillt, den Tarif auf mehrere Jahre vor dem Einigungsamt festzulegen. Es soll deswegen noch eine Versammlung mit der Innung und den Kollegen stattfinden zwecks weiterer Aussprache über den Abschluß des Tarifvertrags. Kollegen, das haben wir alles nur unzerer Organisation zu verdanken, die unser Rückhalt ist. Darum veräume keiner von den Kollegen, die uns noch fernstehen, dem Deutschen Holzarbeiterverband beizutreten, damit sie auch mal daran denken können, ihre elende Lage zu verbessern, denn die Korbmacher brauchen es wahrlich gewiß.

Freiberg i. S. Wir sehen uns genötigt, unsere Zeitung wieder einmal in Anspruch zu nehmen, um die Verhältnisse der Freiburger Holzarbeiter der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir haben in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht und zählen jetzt 130 Mitglieder, jedoch gibt es immer noch verlassene Bestitäten, wo die Kollegen es nicht für nötig halten, sich uns anzuschließen. Bei der Firma Heinrich gibt es zum Beispiel noch Arbeiter, die versuchen, organisierte Kollegen zum Austritt zu veranlassen, und die auch sonst in jeder Weise gegen den Verband arbeiten. Wir können den Kollegen nur raten, sich nicht von derartigen Menschen irren machen zu lassen. Auch bei der Firma Gratsch & Uhlmann, wo photographische Artikel angefertigt werden, scheinen organisierte Arbeiter, die etwas Rückgrat besitzen, nicht beliebt zu sein. Dort wurde einem Kollegen, vermutlich, um ihn fortzujekeln, ein Artikel, der sonst mit 3,10 Mk. bezahlt wird, für 2,05 Mk. angeboten. Überhaupt werden in dieser Branche in Freiberg die niedrigsten Preise gezahlt. Ähnlich ist es auch in allen anderen Geschäften; es ist daher wohl an der Zeit, daß hier einmal Besserung geschaffen wird. Haben wir doch noch Löhne von 19, 20, 21 Pf. pro Stunde; ein Lohn von 33 Pf. für die besten Möbelschleifer muß hier als hoch bezeichnet werden. Die Arbeiter bringen es bei äußerster Anspannung ihrer Kraft auf höchstens 28 Mk. pro Woche bei elfstündiger Arbeitszeit. Um diese Zustände zu bessern, müssen alle Kollegen mitwirken. Leider haben wir mit einer großen Teilnahmslosigkeit zu rechnen, die sich besonders darin äußert, daß von 130 Kollegen nur 20 bis 40 die Versammlungen besuchen. In unserer letzten Mitgliederversammlung sprach Kollege Manig aus Dresden über "Koalition in alter und neuer Zeit". Dieser interessante Vortrag wäre wert gewesen, von jedem gehört zu werden. Die Kollegen sollten lernen, damit ein besserer Geist unter ihnen Platz greift. Auch ist mit großer Majorität beschlossen worden, ab 1. April einen Lokalbeitrag von 5 Pf. zu entrichten, damit die Lokalkasse gestärkt wird und wir zu gegebener Zeit gesichert sind. Also, Kollegen, werft eure alte Faulheit und Faulheit ab; bedenkt, daß ihr als Verbandsmitglieder für die Verbesserung eurer Lage zu kämpfen habt. Denn nur durch Kampf kommen wir zum Sieg.

Fürth. Von dem Streit der Politurarbeiter und Grunddierer im vorigen Jahre haben wir immer noch eine Anzahl gemessener Kollegen hier, von welchen die Mehrzahl durch familiäre Verhältnisse am Ort gebunden ist. Wir ersuchen daher die auswärtigen Kollegen, welche im Frühjahr ihr Wanderbündel schnüren, Fürth möglichst zu meiden. Die

Lage der Unternehmer scheint ebenfalls ernst zu sein. Haben dieselben sich doch dahin ausgesprochen, daß nur die Arbeiter in der Lage wären, die Branche zu heben. Schon lange haben die Unternehmer kein so schlechtes Winterhalbjahr gehabt wie dieses. Denn in allen Leistungsfähigkeiten wird verkürzt gearbeitet. Wir schreiben dies nicht etwa, um die Unternehmer zu bedauern, denn sie haben ihre Lage zum größten Teil selbst verschuldet. Als seitens der beteiligten Organisationen die Forderungen der Politurarbeiter und Grunddierer den Unternehmern zugestellt wurden, haben die Herren eine Vereinigung unter sich gegründet, um von den Kaufleuten für ihre Produkte höhere Preise zu erzielen. Konnten sie sich doch dabei auf die Forderungen der Arbeiter stützen. Den Arbeitern, welche ihnen zur Erhöhung ihrer Preise verholfen haben, wurde zum Danke der geforderte Tarif kurzweg abgelehnt. Die Herren bewiesen ihren Schrammherstandpunkt bei jeder sich bietenden Gelegenheit, allerdings zum eigenen Schaden. Die Kaufleute, welche trotz der erhöhten Preise infolge des hartnäckigen Widerstandes, den die Fabrikanten den Forderungen der Arbeiter entgegensetzten, nicht zufriedenstellend bedient wurden, wendeten sich in ihrer Verlegenheit nach München, Pasing, Amberg. Sie schlossen Verträge ab und deckten ihren Bedarf von den dortigen Geschäften. Die hiesigen Fabrikanten haben falsch spekuliert und haben nun das Nachsehen. Um die Sache wieder gut zu machen, haben sie jetzt beschloffen, wieder zu den alten Preisen zu liefern, um dadurch die auswärtige Konkurrenz zu verdrängen. Gleichzeitig ersuchen sie die Arbeiter, dahin zu wirken, daß die Schmutzkonkurrenz von auswärts, hauptsächlich von Bamberg, beseitigt wird. Beim letzten Streit dachten die Herren in dieser Beziehung anders. Da waren die billigen Arbeitskräfte in Amberg ein sehr gesuchter Artikel. Im Vertrauen auf die Hilfe, die sie sich von dort holen konnten, würdigten sie das Schriftstück, in welchem wir ihnen unsere Forderungen unterbreiteten, nicht einmal einer Antwort. Dieses prozige Verhalten zwang uns damals zum Streik, der vermieden worden wäre, wenn uns ein klein wenig Entgegenkommen gezeigt worden wäre. Die Folgen des Streiks haben sich die Unternehmer selbst zuzuschreiben; die Zuchtrute der auswärtigen Konkurrenz, mit welcher sie jetzt gequält werden, haben sie sich selbst gebunden. Die auswärtigen Kollegen ersehen hieraus, daß die Verhältnisse in den hiesigen Leistungsfabriken noch nicht besser sind, und daß die Arbeiter alle Ursache haben, für sich solange zu meiden, bis sich für die Politurarbeiter und Grunddierer normale Zustände entwickelt haben. Arbeitsangebote der Fabrikanten sind vorläufig unberücksichtigt zu lassen. Auf Wunsch giebt die hiesige Verwaltung nähere Auskunft.

Gumbinnen. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung fand am 12. März im Gewerkschaftshaus statt, welche als Tagesordnung einen Vortrag des Gauvorstehers Louis Gütth-Danzig: "Warum wir uns organisieren", hatte. Die Versammlung war von ungefähr 40 Personen besucht, und führte Redner den Erschienenen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in einer modernen Organisation vor Augen. Bei den sich immer mehr steigenden Bedürfnissen des alltäglichen Lebens, bei der fortgesetzten Verteuerung der Lebensmittel durch Höhe und Verbrauchsabgaben usw. sei es ganz unmöglich, als einzelner Mensch noch was ausrichten zu können. Verstehen es doch die Unternehmer auch ganz vortrefflich, durch ihre Verbände und wirtschaftlichen Vereinigungen für sich Vorteile herauszuwickeln und sich gegenseitig zuzuschützen. Weshalb sollen sich nicht auch die Arbeiter zusammenfinden? Nur gilt es, die Gleichgültigkeit der breiten Masse aufzurütteln, endlich einmal damit zu brechen, mit Stumpf sinn alles über sich ergehen zu lassen. Auch im Osten lassen sich die Verhältnisse verbessern. Das hier so oft gehörte Wort, welches so recht die ganze Stimmung ausdrückt: "So lang, wie ich läbe, wird's schon noch gehn", muß nicht mehr gebraucht werden. Jeder raffe sich auf und helfe mitarbeiten, um für sich und seine Familie bessere Zustände zu schaffen. "Vorwärts immer, rückwärts nimmer", damit schloß Redner seinen Vortrag. In der Diskussion wurde auf die ganz besonders schlechten Verhältnisse hingewiesen, die in Gumbinnen herrschen, speziell ist es bei dem Hofsieferanten Brenke so schlecht, daß sehr oft zu hören ist, es geht nicht mehr; 10, 11 und 12 Mk. ist so der wöchentliche Durchschnittsverdienst. Und deswegen lernen Leute vier Jahre, um schließlich nicht mehr zu verdienen als ein ungelerner Arbeiter? Dieser Herr macht allerdings auch sehr viel im evangelischen Arbeiterverein, jedenfalls nach dem Grundsatz: Wenn du fromm bist, bist du oben geachtet. Nicht im Himmel, sondern dort, wo die Titel herkommen. Man braucht ja bloß so tun, das Christentum praktisch anzuwenden, ist nicht notwendig. Anderen Leuten ihre Überzeugung lassen und duldsam sein gegen andere, ist ihm fremd. Jeder Verbändler ist unangenehm. Auch in den anderen Betrieben ist es noch sehr schlecht. Hoffentlich sehen alle Kollegen ein, daß ohne einen festen Zusammenschluß nichts zu erreichen ist, und kommen alle zum Verband. Nach dem Vortrag wurde eine Zahlstelle des Verbandes gegründet, welcher schon 30 Kollegen angehören, auch ließ sich noch ein Teil der Kollegen aufnehmen. Also auf, Kollegen, werbt immer neue Kämpfer für den Verband, alle mögen kommen und mitarbeiten, dann werden auch in Gumbinnen andere Zustände kommen. Die einzige Vertretung der Gumbinner Tischler und anderer Holzarbeiter muß der Verband sein. Die Versammlungen werden noch bekannt gemacht. Aufnahmen nimmt Karl Eber in Moritzschschen entgegen.

Tiegnitz. Unser Gauvorsteher, Kollege Dietrich-Berlin, welcher ein reiches Material zur Hand hatte, besprach die Mißstände einer hiesigen Luxusmöbelfabrik in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung. Die Zustände in dieser Luxusmöbelfabrik sind die denkbar schlechtesten. Daß für Arbeiter und Arbeiterinnen getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein müssen, wird ganz übersehen, trotzdem es 5 120 h der Gewerbeordnung vorschreibt. Entlohnung wie Preisfestsetzung geschieht ganz nach Willkür des Meisters. Viele Arbeiter haben Vorschuß und wird dieser je nach Günst reduziert. Arbeiter, welche ihre Rechte wahrnehmen, fliegen hinaus, besonders wenn sie dem Arbeiterausschuß angehören. Die Zugehörigkeit zu unserer Organisation war auch schon Grund zur Entlassung. Löhne von 6 und 8 Mark sind keine Seltenheit. Ja, es kommt vor, daß Arbeiter ohne Geld nach Hause geschickt werden. Eine Lohnsicherung gibt es eben nicht. So gibt es für 5 Tablett 78 Pfennig. Musterarbeiten, die auf 18 Mark kommen,

wurden bei Wiederholung mit 6,25 Mark bezahlt. Bei Aktienständen, welche auf 7 Mark kamen, gab es dann nur noch 1,55 Mark usw. Auch werden Abzüge bei bestehenden Preisen gemacht. Bei den Polierern ist es noch schlechter. Verdienste von 3 bis 5 Mark kommen öfters vor. So gibt es für einen Schreibtisch, rußbaum, 2 Mark, für altmahagoni 3 Mark; für Glaserschrank 1,30 Mark, für Luxuserschrank 1,50 Mark zum Polieren. Bei solchen Löhnen kann sich ein Arbeiter nicht richtig ernähren; im Gegenteil muß er sich trotz schufstens noch an Entbehrung gewöhnen. Diese Verhältnisse müßten die Kollegen veranlassen, zu sagen, bis hierher und nicht weiter. In Schlessen gibt es keinen Ort mehr, selbst in der dunkelsten Ecke nicht, wo derartig schlechte Verhältnisse bestehen, wie gerade bei dieser Firma. Daher kein Wunder, wenn diese Firma so billig liefern kann und jeder Konkurrenz die Spitze bietet. Nach einer Debatte, in welcher noch verschiedene Mißstände zur Sprache kamen, aber die Ausführungen des Kollegen Dietrich nicht abgestritten wurden, ernannte dieser, sich der Organisation anzuschließen, einmal die alte Schlafmütze, welche aus lauter Wonn und Überzusammengesetzt ist, herabzuziehen und einzusehen, daß die Arbeiter nur aus eigener Kraft im Stande sind, ihre Lage zu verbessern, indem sie sich zusammenschließen. Von anderer Seite haben wir nichts zu erwarten.

**München.** Schwer fällt es allerorts, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maschinenarbeiter besser zu gestalten. Daß hierzu eine starke Organisation nötig ist, diese Erkenntnis scheint nun endlich einmal einem großen Teile der Maschinenarbeiter in Fleisch und Blut überzugehen; daß aber über den großen Zug nicht die so notwendige Kleinarbeit, die Aufklärung über die Ursachen der schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der Unfallgefahr an Holzbearbeitungsmaschinen vergessen wird, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Die Maschinenarbeitersektion München hat eine ständige quartalsweise Berichtsgabe über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betrieben, sowie eine fortlaufende Registrierung der sich an Holzbearbeitungsmaschinen ereignenden Unfälle eingeführt. Erreicht wurde dabei, daß die organisierten Maschinenarbeiter Einblick in die Verhältnisse sämtlicher Betriebe erhielten und so in den Stand gesetzt wurden, bei einem eventuellen Wechsel von dem Arbeitgeber nicht mit einem geringeren Lohn als der vorher beschäftigte Maschinenarbeiter hatte, abgepfiffen zu werden, daß die von dem entlassenen Maschinenarbeiter angeforderten Forderungen von seinem Nachfolger sofort wieder aufgenommen wurden und sich dadurch die Lage der Maschinenarbeiter in bezug auf Lohn während der seit 1900 andauernden Krise nicht nur nicht verschlechtert hat, sondern eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Die Einführung des Vertrauensmännersystems hat die Agitation derartig fruchtbar gestaltet, daß der Sektionsmitgliederverband im Jahre 1903 von 158 auf 217 Kollegen gebracht werden konnte und sind jetzt, was Maschinenarbeiter in Bau- und Möbelschreinerereien sowie Lohngeschäften anbetrifft, zirka 90 Prozent derselben organisiert. Zum größten Teile noch fern stehen uns die am schlechtesten entlohnten Maschinenarbeiter in den Spezialfabriken; doch dürfte auch hier in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren eintreten und dürfen wir nicht rasten und nicht ruhen, bis dieser Indifferentismus beseitigt ist. Was die Statistik selbst anbetrifft, ist darin wieder reichliches Material für die Agitation enthalten, da speziell dem Indifferentismus im Gegensatz zur Organisation Rechnung getragen ist und ist diese Statistik als Anhang an den Rechenschaftsbericht der Zahlstelle beigegeben, eventuell wird dieselbe in einem kurzen Auszug in einer der nächsten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ erscheinen. Ein weiteres Agitationsmittel der Sektion ist unsere Unfallunterstützungskasse, aus welcher seit deren Einführung bereits 1000 Mark momentane Unterstützung an verunglückte Kollegen ausbezahlt wurden; gewiß eine ansehnliche Summe in Anbetracht des geringen fakultativen Beitrages von monatlich 20 Pfennig. Mit der Sektion Stuttgart wurde eine Vereinbarung getroffen, beide Unterstützungskassen ab 1. Mai auf Gegenseitigkeit zu stellen ohne das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Sektion zu schädigen. Sollten bei anderen Sektionen derartige Unterstützungsformen bestehen und würde eine Annäherung gewünscht, so wird Kollege Jos. Spiegel-Stuttgart, Werderstraße 22 part., gerne bereit sein, nähere Auskunft zu erteilen. Doch nicht die Milderung der momentanen Notlage bei Unfällen allein kann unsere Hauptfache sein, sondern wir müssen jederzeit dahin trachten, die Unfallgefahr überhaupt so viel in unseren Kräften steht, einzuschränken. Hierzu gehört vor allem die Erkenntnis derselben, herbeigeführt durch gegenseitige Aufklärung und hier wieder ist es das Vertrauensmännersystem, durch welches Vorzügliches geleistet wird in bezug auf statistische Aufnahme von Unfällen. So sind in München allein seit September 1899 nicht weniger als 837 Unfälle zu unserer Kenntnis gelangt mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 18 564 Tagen und Verdienstentgang von zirka 62 800 Mark. Innerhalb 5 1/2 Jahren durch Unfälle herbeigeführt: 6 Todesfälle; weiter wurden von den Maschinenarbeitern auf dem Schlachtfelde der Arbeit geopfert 1 Arm, 3 Hände, 57 ganze Finger, 173 Fingerglieder und 227 verformte oder steife Finger; außerdem kommen noch 11 innere Verletzungen, 74 Fleischwunden und 48 verschiedene Verletzungen in Betracht. Solche Zahlen müssen den Indifferentesten von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Maschinenarbeiter überzeugen; denn nur vereint haben wir Aussicht, unsere Gesundheit und unsere Knochen zu schützen. Möchten doch überall Maschinenarbeitersektionen gebildet werden und diese selbst die statistischen Erhebungen betätigen. Wenn auch derartige Statistiken nicht den großen Wert für die Öffentlichkeit haben, so sind sie doch von großer Bedeutung für die Maschinenarbeiter selbst, da diese einen Einblick in ihre lokalen Verhältnisse erhalten, das heißt immer mehr zur Erkenntnis ihrer Lage kommen und damit auf dem Wege zur Organisation und zur Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einen bedeutenden Schritt vorwärts machen.

**Meiße.** Es wird den Kollegen Deutschlands vielleicht von Interesse sein, aus der dunkelsten Gegend des Reichs, nämlich von Meiße, genannt das schlesische Rom, etwas zu hören. Eine kleine Anzahl von organisierten Kollegen hat es bisher immer in Meiße gegeben. Durch die fortgesetzte Saalabtreiber der Zentrumspreffe und ihrer Anhänger war es aber bisher nicht möglich, eine intensive Agitation zu entfalten. Duzende von Versammlungen wurden einberufen, aber immer zogen die Wirte aus Angst vor der Polizei und

der Zentrumsklippe im letzten Moment die Zusage zurück. Mit der Gründung eines Arbeiterfaszinvereins im August vorigen Jahres war der systematischen Lokalabtreiber ein Ende gemacht; von nun an konnte eine rege Agitation durch öffentliche Versammlungen entfaltet werden. Die Zahl der organisierten Kollegen verdoppelte sich und heute zählt der Verband 54 Mitglieder. Um nun die Agitation planmäßig betreiben zu können, wurde von den Kollegen angeregt, eine Zahlstelle zu gründen. Zu diesem Zwecke fand am 4. März eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher der bisherige Vertrauensmann, Kollege Gröhner, zum Bevollmächtigten und Kollege Schubert zum Kassierer gewählt wurde. Es wurde beschlossen, am 25. März wieder zusammenzukommen und von da ab regelmäßig alle 14 Tage Mitgliederversammlungen abzuhalten. In der Diskussion wurde die Behauptung, daß es in der hiesigen Gegend schwer sei, den Verbandsbeitrag zu zahlen, als unberechtigt bezeichnet. Mancher, der den hohen Beitrag als Grund für sein Fernbleiben vom Verband vorschützte, legt den gleichen Betrag oder noch mehr an einem Tage in Hufe an. Diese schädliche Vorrede für den Siff zu bekämpfen ist aber eine Aufgabe des Verbandes, der auch in dieser Beziehung schon Erfolge errungen hat. Zum Schluß ernannte Kollege Gröhner die Mitglieder, fleißig zu agitieren und sich weder vom Unternehmer noch von anderen Personen einschüchtern zu lassen. Sollten wirklich Maßregelungen vorkommen, so wird für die Betreffenden in ausreichender Weise vom Verband gesorgt werden. Wer Meiße verlassen muß, wird sich immer verbessern, aber niemals verschlechtern. So schlechte Arbeitsbedingungen wie hier wird man kaum in einer anderen Stadt von der Größe Meiße's antreffen. Eine Verbesserung dieser Zustände ist dringend nötig, sie wird aber erst durchgeführt werden, wenn die Mehrzahl der Kollegen dem Verband angehört.

**Reine.** Bebel hat seine Villa verkauft. Die Sozialdemokratie geht flöten. Die frei organisierten Holzarbeiter treten in Scharen zu dem christlichen Verband über usw. Mit solchem biddinnigen Zeug gehen hier am Orte die „Christlichen“ haufieren. Hauptächlich macht sich ein in einer hiesigen Metallwarenfabrik beschäftigter Holzarbeiter (nebenbei noch Vizekister) bemerkbar. Dieser Herr versucht mit besonderem Fleiß, dem Stöckerchen „Reich“, dem Hauptmuckblatt, Geser zu akquirieren. Die Arbeiter, die sich so ein Blättchen anhängen lassen, kriegen zuweilen keinen gelinden Schrecken. Da lesen sie zum Beispiel, daß dem Stöckerchen hunde des deutschen Kronprinzen („Packan“ heißt das Tier) auf der Eisenbahn der Schwanz gequetscht worden ist, was ihn sehr betrübte, den deutschen Kronprinzen nämlich. Nun wollen die Christlichen, daß auch die Arbeiter hierzu ein betrübtes Gesicht machen und sich schleunigst „christlich“ organisieren. Bisher haben die frommen Macher aber zu ihrem Leidwesen erfahren müssen, daß in Meiße weder der gequetschte Schwanz jenes Ritters noch die Christlichkeit der Gewerkschaftspitterer sonderlich hoch im Kurse stehen. Da hätten die „Christlichen“ früher aufstehen müssen.

**Schramberg.** Seit mehr als einem Jahrzehnt ringen die hiesigen Gewerkschaften gegen die den freiheitlichen Geist fesselnden Gewalten, jedoch mit geringem Erfolg; die allgewaltigen Industriekräfte waren stets sofort zur Hand, um diejenigen, die den freiheitlichen Geist nährten, mit der Hungerperle zu bestrafen, um durch dieses Mittel unsere Tätigkeit lahmzulegen. In letzter Zeit machten die hiesigen Gewerkschaften, speziell die Holzarbeiterzahlstelle, erfreuliche Fortschritte, und man hatte auch den Mut, von den Unternehmern eine Kleinigkeit zu fordern, nämlich die wöchentliche Lohnzahlung an Stelle der gegenwärtigen 14-tägigen. Freilich wenig genug für die Arbeiter, aber für die Unternehmer am hiesigen Orte viel zu viel. Dieselben lehnten die geringfügige Forderung schroff ab, und zwar in einem Ton, wie er unversämter nicht gedacht werden konnte. Die Arbeiter gaben sich so leicht noch nicht zufrieden, sondern suchten durch weitere Mittel und durch intensive Agitation für die Gewerkschaften den Unternehmern die gerade Forderung noch noch abzurufen. Daß dadurch die bis jetzt unbeschränkt herrschenden nicht sonderlich erobert sind, läßt sich leicht denken, und man versteht, um die Organisation wieder zurückzubringen, auf das beliebte Mittel der Maßregelung, von welchem unser Bevollmächtigter, Kollege Manthe, betroffen wurde. Der Möbelfabrikant Moser, der diese Leistung vollbrachte, hat alle Ursache, sich vor dem Holzarbeiterverband zu fürchten, denn den Kollegen von nah und fern ist dieser Betrieb bereits bekannt. Das Betreten der Werkstätte ist nicht ganz gefahrlos, denn die Arbeiter sind keinen Tag sicher, daß ihnen nicht dieser mackelige Raufen über dem Kopf zusammenstürzt. Die Arbeitsräume gleichen einer Höhle, durch die Regelmände schaut man ins Freie und pfeift zur Winterzeit der Wind ganz bedenklich durch die Bude. Im Maschinenraum liegt in der Regel alles kreuz und quer durcheinander, zum Aufräumen gibt's hier keine Zeit, denn das wird nicht bezahlt. Die ganze Maschinenanlage ist derartig, daß wir sie der Fabrikinspektion zur näheren Beachtung dringend empfehlen können. Mit der gleichen Sorgfalt, die Herr Moser seinem toten Inventar angedeihen läßt, behandelt er auch seine Arbeiter. Leider muß konstatiert werden, daß das Wort, die Leute werden so behandelt, wie sie es verdienen, auch hier zutrifft. Ein großer Teil der Arbeiter hält es immer noch nicht für notwendig, dem Verband beizutreten trotz der Erfahrungs, die hier gemacht wurden. Arbeiter Schrambergs! Seht auf das proßige Vorgehen der hiesigen Unternehmer die richtige Antwort, tretet alle dem Holzarbeiterverband bei, und ihr dürft versichert sein, daß es nicht lange anstehen wird, bis ihr einen direkten Nutzen für euch und eure Familien erkämpfen könnt.

**Springe.** In der Stuhlfabrik Banneitz & Co. in Springe am Deister herrscht noch sehr traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Besonders haben die Polierer darunter zu leiden. Dieselben haben einen Wochenlohn von 14 bis 17 Mark durchschnittlich bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden. Die Polierer müssen die Ware teuer bezahlen und haben für ihr Geld schlechte Ware obendrein. Auch möchten wir dem Poliermeister ans Herz legen, mit den Arbeitern besser umzugehen und dieselben nicht so schroff zu behandeln. Wir raten deshalb allen Kollegen, welche in der Stuhlbranche beschäftigt sind und beabsichtigen, nach hier zu kommen, sich vorher zu befragen, wie es hier ausseht. Die Kollegen von Springe möchten wir bitten, besser als bisher zu unserem Verband zu halten. Besonders möchten sie die

Anweisung des Vertrauensmannes beachten, damit wir endlich einmal ein Lokal bekommen hier in Springe. Wir rufen den Kollegen von Springe zu, agitiert fleißig für den Verband, damit es endlich einmal besser wird hier in Springe.

**Sulzbach a. d. Mürr.** Wir machen die Kollegen auf die Werkstätte des Herrn W. Gund aufmerksam, der sich vor einem Jahre selbständig gemacht hat und durch niedrige Löhne sein Geschäft zu heben vermeint. Zwei Kollegen, die vor kurzem dort in Arbeit getreten waren, sollten als Wochenlohn 10 Mark erhalten, natürlich ohne Kost und Logis. Selbstverständlich lehnten sie es ab, auf eine solche Ermächtigung einzugehen. Damit war Herr Gund jedoch nicht einverstanden, er verlangte, daß die Kollegen noch 2 Wochen für je 10 Mark Wochenlohn arbeiten oder ihm 13 Mark Entschädigung zahlen. Wer sich also vor Schaden bemahren will, vermeide die Werkstätte des Herrn Gund und ziehe überhaupt zuvor bei der Lokalverwaltung Grundigungen ein, ehe er in Sulzbach Arbeit nimmt.

**Trier.** Nach dem Verhalten der Trierer Kollegen dem Verband gegenüber zu urteilen, sollte man meinen, in dem gut katholischen Trier herrschten die rosigsten Zustände. Dem ist aber nicht so. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und teilweise eine Behandlung, die jeder Beschreibung spottet. Davon eine kleine Probe. Am 22. Februar kam ein Kollege zugereist und sprach bei dem gut katholischen Herrn Simon um Arbeit an. Herr Simon sehr zuvorkommend, besuchte noch mit dem betreffenden Kollegen eine Wirtschafft, bezahlte verschiedene Bier, besorgte Logis usw. und versprach einen Lohn von mindestens 3,50 bis 4 Mark, was betreffender Kollege mir, bevor er zu arbeiten anfing, mitteilte. Ich machte ihn aber sofort aufmerksam, welch Geistes Kind der obengenannte Herr ist. Gesagt — geschehen. Am 22. Februar fing der betreffende Kollege an zu arbeiten und arbeitete die Woche vier Tage. Samstag bei Lohnmachen war Herr Simon nicht da und der Kollege erhält für vier Tage 12 Mark (nebenbei bemerkt, betreffender Kollege versicherte, eine erste Arbeitskraft zu sein und ist 35 Jahre alt). Am nächsten Montag und die ganze Woche bekam der Kollege Herrn Simon nicht zu sehen. Samstags erhielt er für sechs Tage 17,50 Mark. Nun gab der betreffende Kollege zu verstehen, daß er nicht eher wieder arbeiten würde, bis Lohn gemacht wäre. Am Fastnachtmontag mußte er Simon besuchen, um ihn zur Rede stellen zu können. Auf die Anfrage, wie es mit der Lohnzahlung sei, antwortete Simon, daß er für 2,80 bis 3 Mark seine früheren Leute alle wieder bekommen könnte, was der Kollege ihm auch empfahl, zu tun. Nun bemerkte Simon noch, daß er für die Leistung des Kollegen nicht mehr bezahlen könne. Er behauptete, sein Aufpaffer, der katholische Arbeitersekretär Abbel, habe gesagt, betreffender Kollege habe nur 20 Treppengeld gebreht im Tage. Nun das Schönste. Der Kollege sagte: gut, daß die Sachen noch da sind, könnten wir gleich nachgehen, was Herr Simon nicht ganz recht gewesen sein soll. Es wurde nachgezählt, und siehe, es machte pro Tag 60 Stück aus. Nun sagte der Kollege, wenn Sie für 20 Stück 3 Mark bezahlen, macht das für 60 Stück dreimal so viel, was Herr Simon aber nicht zahlte. Der Kollege verlangte seine Papiere und reiste ab. Die Sache liegt nun so: Bei seinem Eintritt erkundigte sich der Kollege nach Organisation usw. und gab zu verstehen, die anderen Kollegen sollen sich im Deutschen Holzarbeiterverband organisieren. Herr Simon mit seinem Aufpaffer halten im katholischen Arbeiterverein Medien, wobei sie die Zufriedenheit predigen, trotzdem sie selbst nicht zufrieden sind. Sein Aufpaffer ist im Nebenamt katholischer Arbeitersekretär. Herr Simon als Drechslermeister, Wirtsbrethändler usw. arrangiert Mastenbälle auf eigene Kosten, betreibt überhaupt, was zu betreiben ist, um Geld zu verdienen, sein Aufpaffer daselbe. Herr Simon erklärte anlässlich der letzten Gewerbegerichtswahl in Karthaus (Eisenbahnwerkstätte), die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften bekämen in ganz Trier keinen Saal zu einer Versammlung, stellte uns überhaupt in ein Licht, das jeder Beschreibung spottet; jetzt ist die Lokalfrage in Trier gelöst. Die Abrechnung wird noch kommen, denn was diese Herrn sich schon geleistet an Bekämpfung unserer Bewegung, das spottet jeder Beschreibung. Auch bei Drechslermeister Beyer lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Robuste Behandlung, elfstündige Arbeitszeit, niedriger Lohn, das sind die Verhältnisse in Trier mit wenigen Ausnahmen. Ich möchte nun allen Kollegen empfehlen, wenn ihnen beliebt, nach Trier zu kommen und bei Simon und Beyer in Arbeit zu treten, sich vorher mit der Organisation in Verbindung zu setzen; trotz diesen miserablen Verhältnissen ist von den fünf Drechslern bei Simon keiner organisiert. In den Schreinerereien ist es daselbe. Bei der Aufforderung an die Kollegen, dem Verbands beizutreten, hört man so oft: „es hat in Trier keinen Zweck“. Na, wenn es noch irgend einen Zweck hat, so ist es in Trier der Fall. Kollegen, laßt die Kleinigkeitsträumer sein, tretet in den Deutschen Holzarbeiterverband ein, um eure Arbeitsinteressen zu vertreten. Agitiere ein jeder, tue jeder seine Pflicht, denn mit dem Beitrag bezahlen ist es nicht genug. Besucht regelmäßig die Versammlungen und bringt stets eure Kollegen mit, auf daß wir dort unsere Arbeitsverhältnisse besprechen und Mittel und Wege finden, dieselben zu verbessern. Laßt die sonstigen Vereinsmeister sein, deren es in Trier so viele gibt; denkt an eure elende Lage. Organisiert euch im Deutschen Holzarbeiterverband, auf daß wir durch Erringung kürzerer Arbeitszeit auch einmal Zeit zum Denken übrig haben. Erst eine elfstündige Arbeitszeit, danach Vereinsmeierei, Kollegen, das ist so das richtige, was eure katholischen Freunde wollen, auf daß ihr keine Zeit zum Denken übrig habt. Aber zum Denken sollen wir exogen werden, daß auch ein jeder begreift, was seine Pflicht ist. Ein jeder soll begreifen, daß wir nicht nur zufrieden sein sollen mit Hungerlöhnen und langer Arbeitszeit, daß wir daselbe Recht als Mensch haben wie jeder andere auch, wie diejenigen, die uns in Trier stets Zufriedenheit predigen. Auf daß auch wir einmal darüber nachdenken können, wie wir unsere Lage in Trier verbessern, um uns und unseren Familien ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, auf daß wir nicht, wie das so viel in Trier der Fall, auf die Wildtätigkeit der vielen dort tätigen Armenunterstützungsvereine angewiesen und dadurch mundtot gemacht werden. Bezahlt eure Beiträge in den Deutschen Holzarbeiterverband und nicht in Klubbvereine, denn jetzt, wo die Lokalfrage geregelt, können auch wir über unsere elende Lage sprechen und dieses Jahr in eine kräftige Agitation eintreten. Nun noch zu Herrn Simon. Betreffender Drechsler war 15 Tage

n Trier, zwei Sonntage, drei Fastnachtstage, wo bekanntlich n Trier nicht gearbeitet wird, und einen Tag vor seinem Eintritt. Für zehn Tage Arbeitszeit erhielt er 29,50 Mark; er konnte nicht einmal sein Logis bezahlen und mußte dafür eine Uhr in Trier lassen. Wollte man diese Herrn richtig charakterisieren, würde der Raum der Zeitung nicht reichen. — In diese Versammlungen finden alle 14 Tage im Gewerkschaftshaus, Gartenfeldstraße 32, statt. Also nochmals, Kollegen, auf zur Agitation. Ein jeder muß Agitator sein.

**Wehlar.** Groß sind die Anforderungen, die an den Arbeiter gestellt werden, und gering ist der Lohn, der ihm dafür zuteil wird. Diese ungünstigen Existenzverhältnisse sind es, welche die Arbeiterschaft veranlassen, Gewerkschaften zu gründen, und sie haben auch hier in Wehlar zur Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes geführt, die am 11. März vollzogen wurde. In die Verwaltung wurden gewählt die Kollegen Füller als Bevollmächtigter, Kling als Kassierer und Reinhardt als Schriftführer. An den Kollegen liegt es nun, die Verwaltung reger zu unterstützen, vor allem durch regen Versammlungsbetrieb, auf daß der Verband blühe und gedeihe zum Nutzen der Holzarbeiter Wehlar's. Die reisenden Kollegen werden aber gebeten, nur in unserem Verkehrslokal, bei Herrn Eduard Kymse einzutreten.

**Sterbetafel.**

- Karl Göbel, Tischler, geb. 1. Februar 1877, gest. 11. März 1905 zu Breslau.
- Pantus Lang, Maschinenarbeiter, geb. 18. März 1872, gest. 28. Januar 1905 zu Fürth.
- Wbrecht Schardt, Drechsler, geb. 26. August 1875, gest. 28. Januar 1905 zu Fürth.
- Friedrich Schwarz, Maschinenarbeiter, geb. 2. Juni 1871, gest. 28. Januar 1905 zu Fürth.
- Fürstegott Richter, Schreiner, geb. 27. September 1857, gest. 9. Februar 1905 zu Fürth.
- Georg Kndrl, Schreiner, geb. 5. Februar 1863, gest. 27. Februar 1905 zu Fürth.
- Karl Marquard, Tischler, geb. 17. Februar 1880 zu Waldeck, gest. 9. März 1905 zu Prenzlau.
- Karl Oberweitt, Knopfmacher, geb. 6. Februar 1868 zu Frankenhäusen, gest. 13. März 1905 zu Frankenhäusen.
- Lothar Grimm, Drechsler, geb. 22. Juli 1881 zu Selgenstadt, gest. 15. Februar 1905 zu Wiesbaden.
- Abolf Poths, Schreiner, geb. 2. Dezember 1872 zu Wiesbaden, gest. 7. März 1905 zu Wiesbaden.
- Heinrich Scholz, Knopfmacher, geb. 11. August 1872, gest. 6. März 1905 zu Breslau.
- Hermann Pfandt, Gutformmacher, geb. 22. September 1867, gest. 8. März 1905 zu Breslau.
- August Bärel, Tischler, geb. 21. März 1863 zu Krumhübel, gest. 11. März 1905 zu Langenöls.
- Georg Fink, Schreiner, geb. 11. Juni 1881 zu Lauf, gest. 11. März 1905 zu Lauf.
- Wilhelm Hartmann, Tischler, geb. 13. Oktober 1879 zu Siegnitz, gest. 19. Januar 1905 zu Wernburg.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Gurgagen b. Raffel (R. Wolfram), Greifswald, Lage (Kampmeier und H. Ghe), Magdeburg, Rathenow, Sonneberg (B. Liebermanns Erben), Stettin (Odenwerke), Briesen, Wien, Bern (Schweiz);
  - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Thorn (Coppart);
  - Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Helmstedt, Nadeberg und Dresden (Gichenbachsche Werke), Scheuditz (F. Schäfers Söhne), Spandau;
  - Tischlern, Möbelschreibern und Drechslern nach Schönlanke (C. Böppel);
  - Stuhlbanern und Polierern nach Leisnig (Zeuner & Marz);
  - Stellmachern (Wagnern), Modellschreibern und Schreibern nach Mannheim (Rheinische Gasmotorenfabrik Benz & Co.);
  - Tischlern und Stellmachern nach Hannover (Waggonfabrik), Dortmund (Union, Abteilung Waggonbau), Hartha (Klenikowsky & Co.);
  - Drechslern nach Bernau, Burg, Dortmund (Feuerbaum), Elberfeld (Wollmer), Luckenwalde;
  - Musikinstrumentenarbeitern nach Berlin, Dresden, Siegnitz (M. Freytag);
  - Stoffarbeitern nach Berlin (F. & S. Gembicki);
  - Korbmachern nach Bremerbrücke (Werken), Fürstenberg (B. Walbeweg), Lübeck (F. Odenburg), Marckranstädt (Schindler), Nadebeul (Peter & Stegmann);
  - Stuhlschreibern nach Nürnberg (Dtt, Ziener & Ulenberger).

In Bamberg sahen sich unsere Kollegen genötigt, über die Firma Bamberger Möbelindustrie die Sperre zu verhängen.

In Berlin befinden sich bekanntlich in der Stockfabrik von Gebrüder Gembicki seit einigen Wochen die Arbeiter in Differenzen. Durch das Vorgehen der Kollegen war es den Inhabern der Firma unmöglich gemacht, einen geordneten Betrieb aufrechtzuerhalten. Wie bei allen solchen Fällen, so gab sich auch hier die Firma die größte Mühe, Arbeitskräfte zu erlangen. Es war ihr auch gelungen, einen Teil solcher Elemente in ihrer Fabrik festzuhalten. Wie nützlich sich bisher diese Herren gemacht haben, geht wohl daraus zur Genüge hervor, daß die Unternehmer, trotzdem sie die Erklärung abgegeben haben, daß der Betrieb vollkommen besetzt sei, es mit allen Mitteln versuchen, brauchbare Kollegen zu Substituieren zu bewegen. Daß dabei nicht immer mit dem nötigen Geschick vorgegangen wird, möge folgender Vorfall illustrieren: In den letzten Tagen lief auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes folgendes Schreiben ein:

**Abb: Holzarbeiterverein!**  
Ich ersuche höflich: ich benötigte für ein hiesige Fabrik-ellische gute Drechsler-Arbeiter-Gesellen mit guter B: Zeit-nisse dieselben werden gleich aufgenommen. in der Fabrik und mit gutten Arbeitslohn, — dieselben haben sich bei mir ergebenster zu melden, alle Tage, von 10. Uhr: bis 12. Uhr Vormittags — in erwartung dieses zeichnet  
Hochachtungsvoll —

Berlin, 23/2. 05.  
Abraham Sobel, Rablanthstraße Nr 17. 1. Trepe.  
Da der Unterzeichner des Schriftstückes unbekannt, auch eine Firma des Namens in dem Adressbuch nicht zu finden war, wurde ein Verbandskollege beauftragt, sich des näheren über die zu besetzende Stelle zu erkundigen. Nachdem der Kollege zur gewünschten Zeit bei Herrn Sobel vorsprach und sich um die Arbeitsstelle bewarb, wurde ihm folgendes Empfehlungsschreiben mit auf den Weg gegeben:  
Guer Hochwohlgeboren  
Ich übersende Ihnen diesen Her: German Richter, u schreiben Sie mir dan wen derselber bei Ihnen verbleibt mein Verdienst zugut: mit Hochachtung  
B: 1/3.05. W: Sobel  
Her: Julius & Hermann Gembicki. Stock & Schürmfabrik hier Friedrichstraße Nr 16  
Aufgang Nr 6  
Hoff:

Sinzuuzufügen wäre noch, daß besagte Firma 18 bis 20 Arbeiter einzustellen beabsichtigte. Jeder einzelne muß sich jedoch verpflichten, unserem biederen Streifbrechervermittler eine Provision von sage und schreibe 4 Mark zu bezahlen. Nachdem der Kollege mit einem „Gehen Sie mit Gott“ von dem Ehrenmann entlassen war, ging er zu Gembicki, um die Arbeit anzutreten. Hier eine sehr freundliche Aufnahme, und nachdem die Frage nach der Organisationszugehörigkeit aus begreiflichen Gründen verneint wurde, sollte sich der Kollege verpflichten, auch ferner dem Verband nicht beizutreten. An der Weigerung des Kollegen zerbrach sich das „Engagement“.

Kollegen, ihr seht also wieder einmal, wie versucht wird, ehrliche Arbeiter zu Verrätern zu machen. Dieser Fall liegt aber besonders originell; während sonst die lieben Arbeits-willigen gehässig und getätigt werden, haben sie hier das Recht, wenn sie Streifbrecher werden wollen, ihr Portemonnaie um 4 Mark zu erleichtern. Man sieht also, so ganz ohne ist die Sache nicht.

In Verburg legten am 17. März bei der Rohrwarenfirma Wolf 30 Korbmacher die Arbeit nieder, weil die Firma der Kommission unserer Kollegen erklären ließ, daß sie von jetzt ab wegen Erhöhung der Preise nicht mehr gehört werden würde, solche Erhöhungen überhaupt grundsätzlich für die Zukunft abgelehnt würden. Am 18. März zeigte sich der Chef indes selber, wahrscheinlich infolge der Wirkung des solbbarischen Verhaltens der Kollegen, schon entgegenkommender. Er machte nicht nur ausdrücklich die Erklärung rückgängig und verpflichtete sich für zukünftig zu Unterhandlungen mit derselben, sondern gewährte von einer Sorte Korbre auch gleich einen Aufschlag von 10 Pf. pro Stück. Die Unterhandlungen über die weiteren Preiserhöhungen schweben zurzeit noch.

In Wodentwerder wurden die Differenzen bei der Firma Müller zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt.

In Brandenburg a. S. haben die Korbmacher der Gebr. Reichsteinschen Fabrik am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, weil die Firma auf ihre Forderungen nicht einging. Die Forderungen waren: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 8 Prozent Aufschlag auf alle alten Arbeiten, für neue Arbeiten ein Stundenlohn von 31 Pf. bei früher 33 Pf. Die Firma will die zehnstündige Arbeitszeit zugestehen, jedoch nur von Mai bis Januar, das heißt also, wenn die Saison vorbei ist. In der Fabrikordnung soll die elfstündige Arbeitszeit stehen bleiben. In betreff des Lohnes bewilligte die Firma auf einige Stückerarbeiten, wobei etwa 10 Mann in Frage kommen, 3 Prozent. Diese Zugeständnisse waren den Arbeitern zu gering; der Gewerkschaftsvorsteher versuchte die Sache beizulegen, jedoch resultatlos. In Betracht kommen 147 Mann, organisiert sind 138 Mann. Zuzug von Korbmachern ist streng fernzuhalten. Mittlerweile ist der Streit beendet worden. Vom 1. Mai dieses Jahres wird die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Bei Neuarbeiten wird die Stunde mit 36 Pfennig berechnet. Alte Arbeiten sind teilweise von 5 bis 10 Prozent aufgebessert.

In Burg bei Magdeburg ist die Lohnbewegung unserer Kollegen seit 14. März durch Vertragsabschluss beendet. Der Erfolg ist, wie schon in voriger Nummer vorausgesetzt, zu verzeichnen. Bei der Firma Wormkessel, Drechslerei, hingegen sind am 15. März sämtliche 12 Kollegen in den Ausstand getreten. Wormkessel hatte sich nicht nur den Forderungen unserer Kollegen gegenüber direkt ablehnend verhalten, sondern daselbe auch während den Vertragsverhandlungen der Schlichtungskommission gegenüber in Aussicht gestellt. Derselben ist jetzt als erste Arbeit dieser Fall zur Entscheidung überwiesen. Zuzug von Drechslern muß deswegen strengstens unterbleiben.

In Celle beschäftigen die Tischler, welche in den Kleinbetrieben beschäftigt sind, wegen Einführung der 9/10stündigen Arbeitszeit, eines Minimalstundenslohnes von 35 Pfennig und einer Zulage von 2 Pfennig pro Stunde ab 1. April 1906 mit den Arbeitgebern in Unterhandlung zu treten.

In Cöln a. Rh. haben unsere Stellmacherkollegen in der Wagenfabrik Geinr. Scheele nach mehrtägigem Streik einen Lohnaufschlag von 5 Pfennig pro Stunde erreicht. Der Minimallohn beträgt künftig 37 Pfennig die Stunde. Überstunden sollen möglichst vermieden werden, und wenn solche gemacht werden müssen, erfolgt dafür ein Lohnzuschlag von 25 Prozent. Ferner wird ein Arbeiterauschuß gebildet.

In Dortmund haben die Drechsler und Bildhauer bei der Firma Feuerbaum wegen Lohnhöhenunterschieden gekündigt. Bitte Zuzug fernzuhalten.

In Eichenach gerieten die bei der Eichenacher Lärnfabrik beschäftigten Kollegen am 6. März in Differenzen. Es war nämlich von der Firma ein größerer Posten außerordentlich starker Fenster, die für das Justizgebäude in Ludolfsstadt bestimmt sind, den Kollegen in Auftrag gegeben worden, und zwar zu den niedrigen Preisen, die für gewöhnliche Fenster gezahlt werden. Die Kollegen verlangten eine

bessere Preisfestsetzung und Lohngarantie, da es sich um außergewöhnliche Arbeiten handle, was die Firma wiederholt bestritt. Als alle Interventionen des Arbeiterauschusses und des Gewerkschaftsvorsteher's erfolglos blieben, stellten die Kollegen die Arbeit ein. Nach viertägigem Streik wurde seitens der Firma die Lohngarantie zugesandt, so daß unsere Kollegen sämtlich am 13. März die Arbeit wieder aufnahmen.

In Eisenberg wurden im vorigen Herbst mit Hilfe der Organisation verschiedene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt. Dieses scheint nun den Herren Fabrikanten nicht zu behagen, und wurde von ihnen ein Verband gegründet, welchem, mit Ausnahme von einem und den Kleinmeistern, sämtliche angehören. Zweck des Verbandes scheint zu sein, das Errungene vom vorigen Jahre wieder illusorisch zu machen. Besonders hervorragend ist dabei Herr Weißbrod tätig. So versucht dieser Herr die Besserzahlung der Überstunden abzuschaffen, indem er droht, diejenigen zu entlassen, welche nicht ohne Aufschlag arbeiten. Um sich zu decken, sagt Herr Weißbrod: der Verband hat es beschlossen, trotzdem bezahlen die andern Fabrikanten den Aufschlag nach wie vor. Ebenfalls sollte in diesem Betriebe eine Fabrikordnung eingeführt werden, welche die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde vorsah, außerdem noch verschiedene Verschlechterungen brachte. Diefelbe wurde von keinem Arbeiter unterschrieben, hat auch keine Gültigkeit, da sie ohne Heranziehung der gewöhnlichen Arbeiter gemacht wurde. Ferner wurde in diesem Verband beschlossen, keinen Arbeiter von einem andern Arbeitgeber am Orte wieder einzustellen (das schwarze Listensystem). Am nun geregelte Verhältnisse zu schaffen, erfuchen wir die Kollegen, Eisenberg so viel als möglich zu meiden, für alle Fälle aber vor Annahme von Arbeit sich beim Bevollmächtigten, Kollegen Rich. Prüfer, zu erkundigen. Den Eisenberger Kollegen aber rufen wir zu: Seit auf der Gut.

In Giesleben stellten am 22. März die Kollegen der Möbelfabrik von Berger ihre Forderung auf Ver-fürzung der Arbeitszeit von zwei Stunden pro Woche, 3 Pf. Lohnaufschlag pro Stunde, Erhöhung der Affordpreise um 10 bis 15 Prozent usw. Die Frist zur Beantwortung derselben ist auf den 25. März gestellt, worauf die reisenden Kollegen ersucht werden, zu achten.

In Giersfeld befinden sich die Drechsler bei der Firma Bollmer seit dem 28. Februar im Ausstand. Zuzug ist fernzuhalten.

In Forst streben die Kollegen schon seit Jahren nach einer kleinen Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Jetzt sind sie endlich soweit gekommen, daß sie mit Hilfe unserer Organisation eine Aufbesserung ihrer miserablen Löhne durchführen können. Am Sonnabend wurden allen Meistern die Forderungen mit gleichzeitiger Kündigung über-reicht. Es wird gefordert: 20 Prozent Lohnerhöhung, 57stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden, die nicht zu vermeiden sind, und Bezahlung des Eingangs von Leihen. Die geforderte Lohnerhöhung wird Nichteingeweihten etwas hoch erscheinen. Wer jedoch bedenkt, daß unser Höchst-lohn bisher 19 Mk. betrug und Löhne festgesetzt wurden bis herunter auf 4 Mk., und die örtlichen Verhältnisse kennt (Forst ist Fabrikstadt, 12000 Textilarbeiter sind ungefähr hier beschäftigt), wird gern zugeben, daß wir nach dieser Erhöhung noch kein Schwelgerleben führen können. Unsere Frauen werden auch dann noch darauf angewiesen sein, in der Textilindustrie Beschäftigung und Verdienst zu suchen. So ohne weiteres werden unsere Meister wohl auch kaum bewilligen, denn sie schlossen sich im Vorjahr, als sie merkten, daß wir Ernst machten, dem Schutzverband an. Im Vor-jahr mußten wir, um die in Lohnbewegung stehenden Maurer nicht zu schädigen (auch war es für uns schwieriger, vorzugehen) von der Lohnbewegung Abstand nehmen. Heute, am 14. März, sagte der Schutzverband auch zu, mit uns über die gestellten Forderungen in Unterhandlung zu treten, und erwarten wir für nächste Tage die erste Verhandlung.

In Frankfurt a. O. waren die Tischler und Maschinenarbeiter bei der Firma Keil in den Ausstand getreten, weil die Firma Abzüge gemacht und auch für neue Arbeiten äußerst geringe Preise gezahlt hatte. Außerdem waren zwei Kollegen, die sich um die Beilegung der Differenzen bemüht hatten, entlassen worden. Nach dreitägigem Ausstand hat die Firma in folgenden Vertrag gewilligt: Vom 1. April 1905 bis 1. April 1906 wird nur in Zeitlohn gearbeitet. Es ist ein Minimallohn von 33 Pf. festgesetzt worden; denjenigen, die einen höheren Lohn hatten, ist derselbe um 2 bis 5 Pf. pro Stunde erhöht worden. Hoffentlich zieht dieses Vorgehen auch in den übrigen Werkstätten Frankfurts gute Folgen nach sich.

In Frauenbach bei Neuhausen i. S. wurde bei der Firma Schönherr, Stuhlfabrik nach zweitägigem Streik die zehneinhalbstündige Arbeitszeit an Stelle der elfstündigen, unter Beibehaltung der bisherigen Löhne, sowie die Be-seitigung des Strafsystems und anderes erzielt. Hoffentlich gelingt es auch bald in den anderen Betrieben, bessere Verhältnisse zu schaffen.

In Greifswald haben sämtliche Tischler in allen Werkstätten am 18. März die Kündigung eingereicht, weil ihnen ihre bescheidenen Forderungen rundweg von den Arbeitgebern abgelehnt wurden. Dacum ist Zuzug streng fernzuhalten.

In Gurgagen bei Cassel legten die Kollegen bei Tischlermeister R. Wolfram die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten.

Herr Wolfram vertritt recht mittelalterliche Anschauungen, ihm ist die zehnstündige Arbeitszeit nicht genug, er verlangt täglich elf Stunden Arbeit bei 3 Mark Höchstlohn. Zwar ist Herr Wolfram, wie er sagte, früher auch tüchtiger Verbandskollege gewesen, aber, wie man es oft bei diesen Herren Dorftrautern erfahren muß, jetzt desto rückständiger. Auf die bescheidene Forderung unserer dort beschäftigten sechs Kollegen, die zehnstündige Arbeitszeit wieder Blak greifen zu lassen, antwortete er prächtig: „Ich habe mir das überlegt, ihr könnt in vierzehn Tagen alle aufhören.“ Hierauf legten fünf unserer Kollegen die Arbeit sofort nieder. Ein Kollege, Adam Gerlach, hielt es für richtiger, stehen zu bleiben und spielt nun jetzt nach Ablauf der Kündigungsfrist den Arbeits-willigen. Wie Herr Wolfram beteuerte, sei es ihm unmög-lich, in diesem Jahre etwas zu bewilligen, wenn ihm aber, wie er sich unserem Bevollmächtigten von Cassel gegenüber äußerte, der Holzarbeiterverband mit 2000 Märker unter die Arme greifen wolle, um seine Hypothekenzinsen zu bezahlen,

so wolle er alles bewilligen. Herr Wolfram will nur noch junge Leute beschäftigen und in Kost und Logis nehmen.

In Halle wurde bei der Firma Dehne ohne Kampf eine zehnprozentige Lohnerhöhung erzielt. Die Akkordlöhne sollen einer eingehenden Revision unterzogen werden, und zwar so, daß jeder Kollege mindestens dasjenige verdienen kann, wie vor der letzten Lohnreduktion.

In Helmstedt wird der voraussichtliche Erfolg der Lohnbewegung der dortigen Tischler, Drechler, Polierer und Bildhauer der sein, daß am 21. März ein Vertrag zustande kommt, nach welchem vom 1. April ab in den beiden Tischfabriken die neunstündige, in den übrigen Betrieben die neun einhalbstündige und weiter in letzteren vom 1. Juli ab die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird.

In Hötten a. Erz stehen die Drechlerkollegen bei der Firma Lufnauer wegen Lohndifferenzen in Klüftung. Wir bitten, dies zu beachten und Zugzug fernzuhalten.

In Jucheu erzielten unsere Kollegen eine Erhöhung des Mindestlohns von 36 auf 38 Pf. ab 1. April, von 40 Pf. ab 1. Januar 1906, eine Lohnerhöhung von 2 Pf. ab 1. April und weitere 2 Pf. ab 1. Januar 1906. Weiter wurden betreffs Bezahlung von Überstunden und Kolportagearbeiten Zugeständnisse gemacht.

In Leisnig hatten die Möbelschleifer der Firma Hötberg mit Genehmigung des Verbandes Forderungen gestellt. Sie erreichten ohne Streik eine Lohnerhöhung von 7 Prozent für Lohnarbeiter und von 10 Prozent für Akkordarbeiter.

In Magdeburg sind, wie schon in voriger Nummer telegraphisch gemeldet, die Tischler, Maschinenarbeiter, Einleger und Anschläger am 14. März infolge des ungenügenden Entgegenkommens und der offenbaren Absichten der Arbeitgeber, die Sache zu verschleppen, in den Ausstand getreten.

In Mannheim streikten die Wagner, Modellschreiner und Schreiner bei der Firma Rheinische Gasmotorenfabrik Benz & Co. Zugzug fernhalten.

In Meissen bestehen Differenzen in der Nähmaschinenfabrik von Dieselt & Locke. Es wird gebeten, den Zugzug vorläufig fernzuhalten.

In Nürnberg sind die Bürsten- und Pinselmacher in eine Lohnbewegung eingetreten zwecks Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden, Erzielung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung und Durchführung einiger Nebenforderungen.

In Pforzheim ist es dem geschlossenen Auftreten der Kollegen gelungen, auf friedlichem Wege wesentliche Vorteile zu erzielen. In der Möbelfabrik Wehl & Cie. hatten sich Mitspände herausgebildet, deren Beseitigung unmöglich länger hinausgeschoben werden konnte.

In Thorn bestehen bekanntlich Differenzen bei der Firma Soppart. Unsere Kollegen sahen sich veranlaßt, dort bessere Verhandlung von seiten der Geschäftsleitung und in Anbetracht der im vorigen Jahre bei allen Meistern erfolgten Lohnerhöhung einen Aufschlag mit 30 Prozent und Abschaffung der Akkordarbeit zu fordern.

In Wriezen sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Es sind dort etwa 30 Kollegen beschäftigt, von welchen 26 organisiert sind. Die meisten arbeiten bei kleinen Meistern, die noch Kost und Logis geben.

ihnen möglich ist, ihre Lage zu verbessern. Von selbst machen die Meister keine Zugeständnisse. Ihr müßt euch alles selbst erringen.

In Rathenow traten bekanntlich die Tischler vor einiger Zeit in eine Lohnbewegung ein. Nach einwöchigem Streik kam ein Vertrag zustande, der den Wünschen der Arbeiter in der Hauptsache entsprach.

In Schillingstorf bei Rothenburg a. T. sind auf der Werkstätte von Hans Konrad drei Verbandskollegen (Bürstenmacher) gemäßigert worden. Auf dieser Werkstätte wird noch auf Halbtakt gearbeitet, so daß es vorkommt, daß ein Kollege, der sich besonders angestrengt hat, 12 bis 13 Mk. wöchentlich für Kost und Logis zahlen mußte.

In Schönlanke haben 28 Tischler, Möbelpolierer und Drechler bei der Firma G. Böppel in Abwehr eines Lohnabzuges von 25, 50 Pfennig und teilweise 1 Mark pro Stück die Arbeit eingestellt. Bei dem bisherigen Lohn betrug der Durchschnittsverdienst nur 15 bis 17 Mark pro Woche, derselbe wäre nach Durchführung der Lohnreduktion auf 12 bis 13 Mark gesunken.

In Steinheim wurden die Differenzen in der Stuhlfabrik von J. Dreher zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt.

In Stettin dauert der Streik beim Oberwerk (Schiffswerk) nun bereits an sieben Wochen, und noch ist nicht abzusehen, ob bald eine Einigung zu Stande kommt. Die letzten Verhandlungen vor vier Wochen hatten uns gezeigt, daß wir tapfer aushalten müssen, und ist auch bis heute noch niemand von den Streikenden zu den fetten Pfänden der Werkst. zurückgekehrt.

In Thon bestehen bekanntlich Differenzen bei der Firma Soppart. Unsere Kollegen sahen sich veranlaßt, dort bessere Verhandlung von seiten der Geschäftsleitung und in Anbetracht der im vorigen Jahre bei allen Meistern erfolgten Lohnerhöhung einen Aufschlag mit 30 Prozent und Abschaffung der Akkordarbeit zu fordern.

In Wriezen sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Es sind dort etwa 30 Kollegen beschäftigt, von welchen 26 organisiert sind. Die meisten arbeiten bei kleinen Meistern, die noch Kost und Logis geben.

In Wren ist der Streik der Holzarbeiter noch nicht beendet. Die reisenden Kollegen mögen das beachten und Zugzug streng fernhalten.

### Gewerkschaftliches.

#### Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die deutschen Gewerkschaften bemühen sich seit Jahren um eine regere internationale Verbindung der Gewerkschaftsbewegung. In den letzten Jahren haben ihre dahingehenden Bemühungen rechten Erfolg gehabt; in den meisten und größeren Berufen ist es zur Gründung von internationalen Gewerkschaftsorganisationen gekommen, ebenfalls ist für die gewerkschaftlichen Landeszentralen eine Vereinigung geschaffen worden, und zwar schon vor drei Jahren während des Gewerkschaftskongresses in Stuttgart.

Das zeigt auch der „Erste internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903“, herausgegeben vom internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, der im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien, Preis 1,50 Mk.) soeben erschienen ist. Mit deutscher Gründlichkeit wird da zum erstenmal versucht, das vorhandene Material über die internationale Gewerkschaftsbewegung zusammenzustellen.

Über die Zahl der in den Ländern, die Berichte eingekandt haben, vorhandenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowie über die Zahl der Zentralverbände und lokalen Vereine, die an die Landeszentrale angeschlossen sind, und deren Mitglieder gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Land	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder		Der Landeszentrale gehören an Mitglieder
	Insgesamt	Davon metrl.	
England . . . . .	1 922 780	120 078	432 000
Dänemark . . . . .	86 826	7 048	62 849
Schweden . . . . .	80 000	3 750	47 920
Norwegen . . . . .	15 996	926	7 972
Deutschland . . . . .	1 276 831	47 088	887 698
Österreich . . . . .	177 592	12 063	177 592
Ungarn . . . . .	41 138	1 823	41 138
Serbien . . . . .	3 500	—	3 500
Spanien . . . . .	?	?	58 000

<sup>1</sup> Die letzte veröffentlichte Ziffer vom Jahre 1901. <sup>2</sup> Darunter 17 577 Mitglieder lokaler Vereine, 100 215 Mitglieder kirchlicher Gewerkschaften, 192 617 Mitglieder christlicher Gewerkschaften und 68 724 Mitglieder keiner Landeszentrale angegeschlossener Vereine.

Für die Länder, die über Einnahmen und Ausgaben der in der Landeszentrale vereinigten Organisationen berichtet haben, gibt folgende Tabelle die Einnahmen und Ausgaben für Unterstüßungszwecke (Reise, Arbeitslose, Kranke, Unfall, Invaliden, Sterbegeld) und für Streiks wieder:

Land	Jahres-einnahme Mk.	Jahres-ausgabe Mk.	Davon für Unterstüßungen	
			Unterstüßungen	Streiks
England . . . . .	15 792 027	14 355 296	10 438 772	987 976
Dänemark . . . . .	1 598 024	1 110 117	388 750	—
Schweden . . . . .	738 198	707 043	31 803	469 878
Norwegen . . . . .	393 385	356 885	78 594	192 525
Deutschland . . . . .	16 419 991	18 724 336	3 720 416	4 529 672
Österreich . . . . .	2 547 756	2 299 380	1 055 846	—
Serbien . . . . .	14 555	7 651	2 813	644

<sup>1</sup> Nur für 53 Organisationen. <sup>2</sup> Für 1902.

Der Versuch, eine vergleichende Aufstellung der Höhe der Jahresbeiträge zu machen, mußte leider aufgegeben werden, da die Angaben nicht vollständig sind. Es fehlt noch für verschiedene Organisationen die Angabe der Beitragshöhe, in anderen Fällen sind nur die Beiträge angegeben, die für die Zentralkasse erhoben werden, oder es wird nur allgemein über die Beitragsleistung berichtet.

Es sind von den Sekretären der genannten Länder außerdem noch Berichte über die allgemeine Bewegung und die Gesetze geliefert worden, welche im Laufe des Jahres erlassen wurden, soweit sie die Arbeitererschaft unmittelbar betreffen.

Gibt dieser erste internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903, dem übrigens weitere folgen werden, auch nur ein lückenhaftes Bild, so enthält er doch nicht nur für den Sozialpolitiker und gewerkschaftlich tätigen Genossen, sondern für jeden, der sich über die internationale Gewerkschaftsbewegung unterrichten will, unentbehrliches Material.

Der Bergarbeiterverband nach dem Streik. In der Arbeiterpresse ist behauptet worden, der Bergarbeiterverband habe von dem großen Streik im Ruhrgebiet nur wenig Gewinn gehabt, während die christliche und die polnische Organisation ihre Organisation sehr gekräftigt hätten. Das entspricht nicht den Tatsachen. Der Bergarbeiterverband hat während des Generalstreiks seine Mitgliederzahl verdoppelt, er hat allein mehr Mitglieder gewonnen wie die anderen drei Organisationen zusammengekommen. Vom Streikbeginn bis jetzt sind reichlich 60 000 Neuanmeldungen erfolgt, auch nach dem Streik kommen noch täglich Hunderte Anmeldungen. Die Abmeldungen sind verschwindend; beispielsweise sind in der vorigen Woche von dem Zentral-

vorstand polizeilich 15000 neue Mitglieder angemeldet, noch nicht 200 abgemeldet worden! Natürlich werden von den neuen auch wieder welche verloren gehen, aber das geschah auch vor dem Streit. Der Verbandsaufschwung hat auch außerhalb des Ruhrgebietes, in den linksrheinischen und schlesischen Revieren eingesetzt. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ erscheint jetzt in einer Auflage von 155000, eine Zunahme von 65000 seit Beginn des Jahres 1905. Grandios wie der Streit selbst sind auch seine Folgen für die Organisation. Dem Bergarbeiterverband werden nicht viel an 120000 Mitglieder allein im Ruhrgebiet fehlen; er hat sich also verdoppelt; ihm gehören jetzt etwa 40 Prozent der Gesamtbelegschaft und fast 60 Prozent der unterirdischen Belegschaft an! Ein solcher Erfolg übertrifft die kühnsten Erwartungen. Mit einem Schlage ist der Bergarbeiterverband an die dritte Stelle der deutschen Gewerkschaftsorganisationen gerückt. Nur noch der Metallarbeiter- und der Maurerverband haben größere Mitgliederzahlen. Überraschend stark ist der Mitgliederzuwachs besonders in den nördlichen „schwarzen“ Bezirken, wo früher der Verband nur minimal vertreten war. So früher 200 bis 500 Mitglieder waren, sind jetzt 1000 bis 3000. In der Großstadt Gelsenkirchen ist die Mitgliederzahl von 3000 auf 10000 gestiegen. Im Revier Oberhausen sind von 28000 Bergleuten etwa 18000 (vorher 7000) im Verband organisiert; in West-Essen stieg die Zahl von 6000 auf über 10000. In den alten Verbandsbezirken Dortmund und Bochum-Süd gibt es jetzt Orte, wo überhaupt fast gar keine unorganisierten Bergleute mehr sind.

Der christliche Gewerksverein hat demgegenüber nur 35000 Neuaufnahmen gemacht, seine Mitgliederzahl beziffert sich demnach auf 75000; die polnische Organisation gibt ihren Gewinn auf 15000 an, zählt demnach rund 25000 Mitglieder.

Einem Bergarbeitertag beruft die Siebenerkommission auf den 28. März nach Berlin ein, um Stellung zu der Berggesetzreform zu nehmen. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: Berggesetzgebung im allgemeinen, Bechenstilllegung, Schichtzeit, Arbeiter-Ausschüsse, Grubentontrolle, Wagenmüllen, Strafwesen, Frauen- und Kinderarbeit, Knappschäftswesen, Normalarbeitsordnung. Zu jedem Punkte sind Referenten bestimmt.

Der Zentralverband der Asphaltwerke und Pappschneider, der seit dem 1. April 1904 besteht, hatte bis zum 31. Dezember 1904 eine Gesamtmitgliedschaft von 2453,95 Mart. Der Verband besitzt Mitgliedschaften in Berlin, Leipzig und München. Bei der geringen Mitgliederzahl kann der Verband für Agitation und dergleichen noch keine großen Aufwendungen machen. Es wäre deshalb erwünscht, daß man denselben seitens unserer Mitglieder darin durch Mitteilung von Adressen usw. nach Möglichkeit unterstützte. Die Adresse des Vorsitzenden ist: F. Weiglin, Berlin NW, Beusselstraße 31.

**Tarifbewegung.** Eine Tarifgemeinschaft dürfte demnächst für das Formstechergewerbe zustande kommen. Die Vorarbeiten dazu sind bereits beendet und bedarf es nur noch der Sanktion des Vertrages durch die Organisation der Unternehmer und der der Arbeiter (Formstecherverband). Der Tarif ist für 2 Jahre abgeschlossen (bis 31. März 1907) und gilt auf ein weiteres Jahr, sofern er ein Vierteljahr vor Ablauf desselben nicht gekündigt ist. Die Prinzipale sollen durch möglichst einheitliche Preise bessere Gewerbsverhältnisse herbeiführen, bei Einstellung von Gehilfen nur den paritätischen Arbeitsnachweis benutzen und die sanitären Vorschriften in den Stachelereien genau innehalten. Die Ründigungszeit beträgt 14 Tage und darf nur an einem Sonntagabend erfolgen. Die bisher für Überstunden bezahlten Prozente fallen weg. Dafür muß alle Arbeit in den Geschäften hergestellt werden, um der für den Beruf so verberlichen Heimarbeit ein Ende zu machen. Die diesbezüglichen Verbindungen mit Heimarbeitern sind innerhalb sechs Monaten zu lösen. Die tägliche Arbeitszeit wird auf zehn Stunden festgesetzt, inklusive 1/4 Stunde Frühstücks- und Vesperpause. An den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten beträgt diese bei voller Bezahlung acht Stunden. Der Mindestlohn ist in den ersten drei Jahren nach der Lehrzeit steigend von 30 bis 40 Pfennig pro Stunde; im übrigen wird der Lohn nach Leistung berechnet. Sind nach einem Jahre nach Inkrafttreten des Tarifs vier Fünftel der Formstecher vertragsmäßig beschäftigt, so tritt eine Lohn-erhöhung von 5 Prozent ein. Um die übergroße Zahl der Lehrlinge vorläufig etwas einzuschränken, befindet sich im Entwurf eine diesbezügliche Skala, durch die die Lehrlingszahl entsprechend der der Gehilfen geregelt wird. — „Der Kupferfchmied“ erörtert in seiner Nr. 1 vom 8. Januar 1905 die Frage der „Einführung von Tarifverträgen im Kupferfchmiedegewerbe“. Er sagt, noch vor sieben Jahren, „als die erste Anregung zur Einführung von Tarifverträgen auf der Generalversammlung in München gegeben wurde, blieb es nur eine Anregung und wurde am heftigsten von denjenigen bekämpft, aus deren Mitte die ernstesten Versürworter und Verteidiger (der Tarifverträge) für die Gegenwart entstanden sind. Wenn damals auch die Anregung keine weiteren sichtbaren Spuren hinterließ, als den frommen Wunsch der Erstrebung von Tarifverträgen, so hat diese Anregung doch die nicht vorauszuahnende Folge gehabt, daß sich die Berufsstufe mit der Frage beschäftigten und sich mit dem Zweck und Nutzen der Tarifverträge vertraut zu machen suchten, immer auf Grund der Erfolge, die damit in den Organisationen erzielt waren, in denen Tarifverträge bestanden. Die Anregung hatte weiter den Erfolg, die Idee und die Art der Tarifverträge zu verbreiten und zur praktischen Anwendung zu bringen, zwar nur in den größeren Städten oder Industriezentren, und auch dort nur im engeren Rahmen, auf ein bestimmtes begrenztes Gebiet beschränkt, jedoch von der Voraussetzung begünstigt, daß die vertragsschließenden Faktoren vorhanden sind, um die Durchführung des Vertrages zu erzwingen. Soviel uns bekannt geworden, sind auch mit einer einzigen Ausnahme die Hoffnungen in Erfüllung gegangen, von denen die Vertragsschließenden bei Abschluß der Verträge erfüllt waren.“ Es machte sich in Arbeitereisen jetzt ein Bedürfnis auf Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für das gesamte Kupferfchmiedegewerbe bemerkbar. Für einen solchen Vertrag seien alle Voraussetzungen gegeben. Einmal seien die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer stark und einflußreich genug, sie verfügten in den Kreisen der Arbeiter und der Unter-

nehmer über die notwendige Autorität, um eine Tarifgemeinschaft einführen und stützen zu können. Auch seien die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu einer allgemeinen Regelung der Arbeitsbedingungen gegeben. Nunmehr liege es nur noch am guten Willen der Unternehmerorganisation, wenn die Tarifgemeinschaft im Kupferfchmiedegewerbe nicht bald zur Tatfache werde. Im Silberschlägergewerbe wurde vereinbart, die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden festzusetzen und im Jahre 1905 keine Beherlinge einzustellen. — Der Verband der Gutmacher hatte im November v. J. an alle Seiden- und Klapphutfabriken Deutschlands eine Reihe von Forderungen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung usw. gerichtet. In zwei Konferenzen, welche deshalb zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter stattfanden, wurde schließlich eine Einigung erzielt, nachdem die Arbeiter die geforderte Lohnerhöhung von 25 Prozent auf 12 1/2 Prozent ermäßigt hatten. Die neuen Arbeitsbedingungen sind von fast sämtlichen Unternehmern Deutschlands anerkannt und eingeführt worden.

### Soziale Rechtspflege.

Ein „mutwilliger“ Arbeitsinvalid. Der Anspruch eines Bergmannes, Pietrekty aus Zamodzie (Oberschlesien), auf Invalidenrente wurde von der Landesversicherungsanstalt Schlesien zurückgewiesen, da der Mann noch den Mindestverdienst von 300 Mark jährlich erwerben könne. Auch das Schiedsgericht kam zu einer Abweisung des Anspruchs. Es heißt in der Begründung unter anderem:

„Da Kläger bis zum 28. Februar 1904 schwere Grubenarbeit verrichtet hat, ist es ohne weiteres ausgeschlossen, daß seine Arbeitsfähigkeit plötzlich ohne weiteres auf zwei Drittel der normalen herabgesunken sein kann. . . . Nach alledem muß der vom Kläger erhobene Rentenanspruch geradezu als mutwillig (!) angesehen werden.“

Zu diesem Schiedspruch ist nur zu bemerken, daß der abgewiesene „Mutwillige“ (dessen Invalidität von der Knappschäftskasse anerkannt ist) im 60. Lebensjahre steht und volle 42 Jahre lang in der Grube unter Tage gearbeitet hat! Bemerkenswert dazu eine Breslauer Zeitung. Da der Kläger bis zum 28. Februar 1904 — also weit über 40 Jahre! — schwere Grubenarbeit verrichtet hat, ist es, sagt das Schiedsgericht, „ohne weiteres ausgeschlossen, daß seine Arbeitsfähigkeit plötzlich, ohne weiteres, auf unter zwei Drittel der normalen herabgesunken sein kann“. Ganz recht, wer über 40 Jahre diese Höllearbeit leisten konnte, wie kann der plötzlich zusammenbrechen? Das ist ganz offenkundig „Mutwillen“ und wird mit Borenthaltung der lumpigen paar Rentenpfennige zweifellos noch viel zu milde geahndet! In der Tat, die Sozialdemokratie hebt die Arbeiter auf zur Unzufriedenheit mit den bestehenden herrlichen Zuständen!

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Von der Klassenjustiz. Im Mai letzten Jahres wandten sich in Konstanz Maurer an ihre Arbeitgeber mit neuen Forderungen. Neun Meister erklärten sich anfangs schriftlich damit einverstanden. Kurz darauf bildete sich aber ein Arbeitgeberverband der Bauhandwerker, und auf dessen Veranlassung kündigten sechs Meister den mit dem Streikkomitee abgeschlossenen Vertrag. Gegen die drei Bauunternehmer, welche ihren Abmachungen treu blieben, verhängte nunmehr der Arbeitgeberverband die Sperre, die mit Nachdruck durchgeführt wurde. Der Streit verlief trotz verschiedener Vergleichsversuche resultatlos. Einer der drei gesperrten Bauherren wandte sich jedoch an die Staatsanwaltschaft um Hilfe, und die Folge war eine Anklage gegen 17 Baumeister wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Am 28. September vorigen Jahres verurteilte das Schöffengericht diese Baumeister zu je einem Tage Gefängnis. Am 9. März fand vor der Strafkammer infolge eingeleiteter Berufung eine neue Verhandlung statt, die den ganzen Tag dauerte und auf 11. März vertagt wurde. Die Strafkammer sprach schließlich sämtliche Baumeister frei. — Was zu erwarten war. Wie kann man auch Unternehmern wegen Verletzung des § 153 verurteilen!

Ein Streikurteil, dem man einmal zustimmen kann, fällt das Schöffengericht Nürnberg. Im Januar ds. Jz. wurden in der Zelluloidwarenfabrik Gebr. Wolff sämtliche Drechsler ausgesperrt, weil sie einen Prozentzuschlag für Überstunden verlangten. Darauf wurde von der Organisation über den Betrieb die Sperre verhängt und Posten aufgestellt, um die Arbeitswilligen abzuhalten. Die Arbeitswilligen, die von den Besitzern aufgekehrt waren, benahmen sich sehr provokatorisch, wodurch es mehrfach zu Reibereien zwischen ihnen und den Posten kam. Drei ausgesperrte erhielten deshalb Strafmandate auf je zwei Tage Haft, weil sie die Arbeitswilligen durch Zurufe wie „Streikbrecher“, „du kriegst schon noch deine Prügel“ usw. belästigt und bedroht haben sollten. Vorher waren sie jedoch von den Arbeitswilligen verhört worden. Auf erhobenen Einspruch hin sprach sie das Schöffengericht frei, da im vorliegenden Falle keine Verabredung, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verlangen, bestanden habe, sondern die Arbeiter nur ihre alten Arbeitsplätze wieder hätten erlangen wollen. Der § 153 der Gewerbeordnung sei also hier nicht anwendbar. Die gefallenen Worte seien nur der Ausdruck der Erbitterung der alten erprobten Arbeiter, die ihre Arbeitsplätze befehzt sahen.

### Eingefandt.

#### Zur Stellmacherbewegung.

In der Sektionsversammlung der Stellmacher Bielefelds am 2. März wurde nach einem Referat des Kollegen Mademann eine Resolution einstimmig angenommen, durch die zwecks einheitlicher Durchführung der Agitation unter den Stellmachern, welche sich hauptsächlich der Abschaffung der Akkordarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Überstunden zuwenden soll, vom Hauptvorstand die Einsetzung einer Agitationskommission der Stellmacher Deutsch-

lands gefordert wird. Im Falle der Hauptvorstand zu der Einsetzung einer solchen Kommission sich nicht entschließen kann, sollen diejenigen Gauvorsteher, in deren Gau sich Waggonfabriken, Wagenbauanstalten, Automobilfabriken und Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen befinden, gehalten sein, unter den Stellmachern dieser Betriebe unter Beobachtung der oben angegebenen Hauptforderungen zu agitieren. Gerade in solchen Großbetrieben müßte die Stellmacheragitation, von der man neuerdings so viel rede, zuerst einsehen. In Fabriken, wo Teilarbeit und insolge dessen Akkordarbeit vorherrsche, könne natürlich nur mit Vorsicht die Beseitigung dieses Systems durchgeführt werden. Anders in den Betrieben, wo, wie in den Automobilfabriken, die Arbeit sich wenig schablonisieren läßt und der Tarifierung der Arbeit große Schwierigkeiten erwachsen, dort sollte, im wohlverstandenen Interesse der Kollegen, die Beseitigung der Akkordarbeit nachdrücklich gefordert werden. W. Mademann, Bielefeld.

#### Zum Bibliothekswesen.

Wie wenig Gewicht seitens der einzelnen Zahlstellen auf die Bibliotheken gelegt wird, mag folgendes Vorkommnis zeigen: Die Zahlstelle in Jena, welche schon seit 1891 besteht, besitzt nicht einen einzigen Jahrgang der „Holzarbeiter-Zeitung“. Nun wurde aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, „den Jahrgang 1904 binden zu lassen“, da die Zeitung für die Gewerkschaft doch unbedingt erforderlich ist. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, „daß in ein paar Jahren der Schrank voll wäre und die Kollegen die Nasen nicht in die Bücher stecken“. Daß eine derartige Begründung seitens eines langjährigen Mitgliedes, welches viele Jahre dem Vorstand angehört hat, möglich war, ist sicher sehr bedauerlich (Sehr richtig! Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“), und daß dieser Antrag auf Grund dieser Begründung abgelehnt wurde noch bedauerlicher, läßt aber einen Schluß zu auf den Geist, der mitunter in den Versammlungen herrscht. A. Semmler-Jena.

#### Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Schriften eingegangen: **In freien Stunden.** Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 9. Jahrgang, Heft 2 bis 9. Berlin, Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis des Heftes 10 Pfennig. Wir können das Abonnement dieser Zeitschrift sehr empfehlen. **Wider die Pfaffenherfschaft.** Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Lieferung 41 bis 48. In jeder Woche erscheint ein Heft des Wertes, das 50 Lieferungen à 20 Pfennig umfaßt und vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, sowie von jeder Buchhandlung bezogen werden kann. **Dokumente des Sozialismus.** Herausgegeben von Ed. Bernstein. Band V, Heft 1 u. 2. Stuttgart, Verlag von F. H. W. Diez Nachf. Preis des Heftes 75 Pfennig.

#### Sterbekasse für Frauen

von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler zc. (E. S. 3 in Hamburg).

**Erlangen.** Die am 26. Februar stattgehabte, gutbesuchte Versammlung der Mitglieder der Frauensterbekasse besetzte sich mit den neuen, am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen Satzungen. Da die Mitglieder mit den auf Grund der versicherungstechnischen Bilanz aufgestellten Sterbegeldsätzen nicht zufrieden sind, wurde über diesen Punkt eine lebhafte Debatte hervorgerufen, die folgende Resolution zeitigte: „Die heute versammelten Mitglieder respektive deren Vertreter der Frauensterbekasse bedauern und nehmen Anstoß an den in den neuen Satzungen genannter Klasse enthaltenen, die bisherigen (alten) Mitglieder sehr benachteiligenden Paragraphen, nach welchen die ganze Belastung zur Herstellung der vorgeschriebenen Klassenverhältnisse auf Kosten der bisherigen Mitgliedschaft geregelt wird; besonders beunruhigen sie, daß zweierlei Mitglieder geschaffen und sie als Stiefkinder behandelt werden. Die Mitglieder erwarten daher, daß so bald als möglich dieser Unterschied in Wegfall kommt und die alten Mitglieder nach den gleichen Sätzen wie die Neueintretenden behandelt werden. Ganz besonders bedauern die Mitglieder, daß die neuen Satzungen über ihre Köpfe hinweg angenommen wurden, ohne die Meinung der Mitglieder zu hören.“ Der Verlauf der Versammlung gab manchen guten Gedanken zur weiteren Erwägung und es wäre zu wünschen, daß recht viele Zahlstellen sich über diesen Punkt äußern, da es sehr leicht möglich ist, daß die Mitglieder eine außerordentliche Vertreterversammlung fordern, die diese Sache dann weiterzuspinnen hat. In jedem Falle kann es nur gut sein, wenn die Mitglieder ihrer Meinung Ausdruck geben, denn nur dadurch ist der Hauptvorstand in der Lage, zu erfahren, was die Mitglieder von den neuen Satzungen halten. In der Hoffnung, daß diese Anregungen nur Gutes für die Frauensterbekasse zeitigen mögen, wurde die Versammlung durch den Bevollmächtigten geschlossen.

**Nordhausen.** Die am 19. Februar stattgefundene Versammlung der Frauensterbekasse der Tischler nahm Stellung zu dem neuen Statut. Eine begeisterte Erregung herrschte unter den Mitgliedern über das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes, ohne Zuziehung von Mitgliedern, ohne Generalversammlung das Statut zu ändern. Ist schon ein derartiger Widerstand vorgekommen, daß man die alten Mitglieder bestraft, weil sie so lange Mitglied geblieben sind? Oder ist es anders zu bezeichnen, wenn zum Beispiel ein altes Mitglied, welches fünf Jahre der Klasse angehört, ein Sterbegeld von 135 Mark bekommt, während andererseits es nur auszutreten braucht, um sich frisch aufnehmen zu lassen, dann bekommt es nach einem Jahre 150 Mark oder 175 Mark. Ein altes Mitglied bekommt nach 40 Jahren 170 Mark, wer frisch eintritt nach 40 Jahren 215 Mark. Die Mitglieder empfinden es als einen Schlag ins Gesicht, ein derartiges Statut vorzulegen. Sucht der Vorstand auf Kosten der alten Mitglieder Mitglieder zu fangen für die Zentral-Krankenkasse? Die Mitglieder der Zahlstelle Nordhausen erheben ganz energisch Protest gegen das Vorgehen des Vorstandes und fordern die Mitglieder Deutschlands auf, sich gleichfalls über das Statut zu äußern.

